KATHRIN BRAUN, TOBIAS SPÖRI, PHILIPPE DOOS & MUNIRA MOHAMUD

Freunde
FremdewerdenFreunde.at

Forschungsbericht

Politische Partizipation von Geflüchteten

Möglichkeiten und Hindernisse der politischen Beteiligung von Geflüchteten in Wien

IMPRINT

Autor:innen:

Mag.a. Kathrin Braun Bakk. phil.

Dr. Tobias Spöri

Philippe Doos

Munira Mohamud

Fremde werden Freunde

gemeinnütziger Verein

Garnisongasse 11, 1090 Wien
hallo@fremdewerdenfreunde.at
Geschäftsführung: Mag. Ina Pervan-Al Soqauer & Mag. Kathrin Limpel
ZVR: 919577710

www.fremdewerdenfreunde.at
www.facebook.com/fremdewerdenfreunde.at
www.instagram.com/fremdewerdenfreunde/
Podcast Salongespräche:www.fremdewerdenfreunde.at/podcast

Die Durchführung dieses Forschungsprojekts wurde durch eine Förderung der Stadt Wien Kultur (MA7) ermöglicht.

Wien, September 2021

EXECUTIVE SUMMARY

Menschen mit Fluchthintergrund werden im öffentlichen Diskurs oftmals als passive Akteur:innen und Objekte der Politik verstanden, denen generell politisches Interesse abgesprochen, ihnen aber zugleich mangelnde Teilhabe vorgeworfen wird. Die Debatten drehen sich hierbei meist um Staatsbürgerschaft und fehlendes Wahlrecht. Gemeinhin wird meist *über* sie geredet anstatt zu untersuchen, welche aktive Rolle Menschen mit Fluchthintergrund tatsächlich spielen und welche Hürden sie erfahren. Die Wahrnehmung und das Wissen um Möglichkeiten der politischen Partizipation kommt aber gerade in Bezug auf diese Gruppe eine besondere Bedeutung zu, um einerseits zu erfahren, wie sie dieses teilhaben selbst erleben, aber auch, inwieweit dadurch Inklusion ermöglicht werden kann.

Die vorliegende Studie untersucht, welche politischen Partizipationsmöglichkeiten sich für in Wien lebende Menschen mit Fluchthintergrund ausfindig machen, unter welchen Rahmenbedingungen diese Beteiligung erfolgt und welche Hürden Partizipation erschweren. Dazu wurden sechs Expert:inneninterviews und 14 leitfadenbasierte Interviews mit in Wien lebende Menschen mit Fluchthintergrund geführt und ausgewertet.

Die Ergebnisse zeigen, dass Menschen mit Fluchthintergrund vielfältige politische Beteiligungsformen wählen und den politischen Diskurs aktiv mitgestalten, beziehungsweise mitgestalten wollen. In vielen Fällen treten sie als politische Subjekte auf und machen von ihren demokratischen Rechten Gebrauch. Dies passiert vor allem in einem nicht-institutionalisierten und niederschwelligen Rahmen und reicht von politischen Gesprächen, Engagement in der Zivilgesellschaft bis hin zu Teilhabe und Mitorganisationen von Protesten und Demonstrationen.

Die persönliche Betroffenheit steht bei den Handlungen meist im Vordergrund. Der undemokratische und repressive Kontext, dem viele Personen in ihren Herkunftsländern ausgesetzt waren, lässt die demokratischen Verhältnisse in Österreich besonders wertschätzen. Das politische Interesse hängt häufig mit den als zentral empfundenen Themen der Befragten zusammen, die die aktuelle Lebenswelt betreffen, wie Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik. Die Themenfelder beschränken sich jedoch nicht nur darauf und decken das gesamte politische Spektrum ab.

Als große Herausforderung und Einschränkung wurden fehlende Anerkennung und die Wertlosigkeit der eigenen Stimme beschrieben. Dem Nachkommen der Forderungen nach einem inklusiveren Wahlrecht, mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten und einer Anerkennung der politischen Subjekthaftigkeit wurden für zukünftige Partizipation zentral erachtet.

Angesichts der besonderen Herausforderungen der Menschen mit Fluchthintergrund im Bereich der politischen Teilhabe, lassen sich verschiedene Potentiale und Empfehlungen für die Stadt Wien ableiten:

1. Einsatz für inklusiveres Wahlrecht
2. Etablierung eines Migrant:innenbeirats
3. Forcieren von Diversität in politischen Strukturen
4. Förderung von politischer Bildung
5. Unterstützung der Zivilgesellschaft

INHALTSVERZEICHNIS

Executive Summary 2

1. Einleitung 5

2. Politische Partizipation und Demokratie 8

3. Forschungsdesign 11

3.1. Forschungsfragen 11

3.2. Methodik 12

3.2.1. Mapping der Expert:innen und Sampling 12

3.2.2. Erhebung 13

3.2.3 Auswertung 14

4. Forschungsergebnisse 16

4.1. Politisches Interesse 16

4.2. Demokratisches Verständnis 18

4.3. Politische Partizipation 22

4.3.1. Politische Meinungsäußerung 24

4.3.2. Demonstration und Petition 25

4.3.3. Ehrenamtliches Engagement 27

4.3.4. “Pass-Egal" Wahl 28

4.3.5. Interessensvertretungen 29

4.3.6. Parteimitgliedschaft/ Engagement bei einer politischen Vereinigung 30

4.4. Migrant:innenbeirat 31

4.5. Wahlausschluss und Wahlrecht 32

4.5.1. Exkurs - Allgemeines Wahlrecht in Österreich und ein Blick in andere Staaten 32

4.5.2. Wunsch nach inklusiverem Wahlrecht 33

4.5.3. Parteipolitik zu Ausländer:innenwahlrecht und Staatsbürgerschaft 35

4.6. Wünsche an Politik und Gesellschaft 36

5. Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse 38

6. Potentiale für die Stadt Wien und Empfehlungen 42

7. Liste der Interviewpartner:innen 44

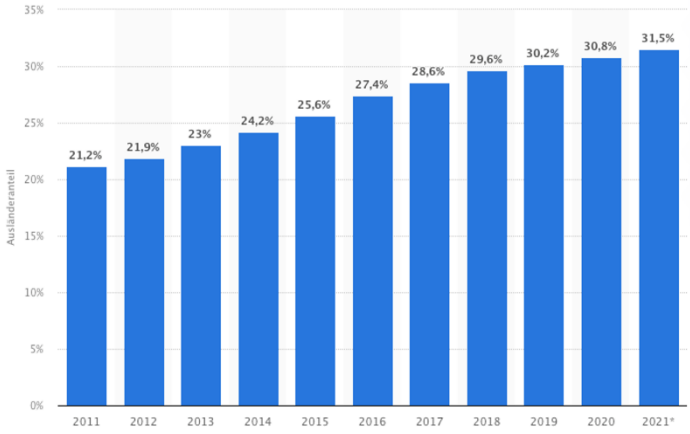
8. Autor:innen 45

8. Literaturverzeichnis 46

„Schon als Personen sind wir politisch, weil wir nicht österreichisch ausschauen, unser ganzes Dasein ist irgendwie politisch. Dass wir hier sein können oder dass wir hier sind, ist politisch. Wir können dem eigentlich nicht entgehen" (Frau, 20, Somalia; H_1)

1. EINLEITUNG

In den letzten Jahrzehnten veränderten sich die Gesellschaften vieler Länder Westeuropas stark und insbesondere Großstädte wie Wien wurden aufgrund von gestiegener Migration immer diverser.



***Grafik 1**: Anteil der Ausländer:innen an der Bevölkerung Wien von 2011 bis 2021; Quelle: Statistik Austria (2021)*

Die Zahl der in Österreich lebenden Personen mit Fluchthintergrund ist seit Ende 2014 von 92.217 auf 163.812 Ende 2019 gestiegen (UNHCR, 2020). Deutlich sichtbar ist die Zuwanderung von Personen syrischer, afghanischer, iranischer und irakischer Herkunft. Anfang 2020 lebten 24.683 Menschen mit syrischer, 18.659 mit afghanischer, 8.815 mit iranischer und 5.855 mit irakischer Staatsbürgerschaft in Wien (vgl. Stadt Wien, 2020). Die Stadt Wien war historisch betrachtet immer schon besonders von Diversität und kultureller Vielfalt geprägt, was sich auch in absoluten Zahlen bemerkbar macht: 17,1% Prozent der Wiener:innen haben die Staatsbürgerschaft eines Drittstaates und etwa 40% der in Österreich lebenden Personen mit ausländischem Geburtsort haben ihren Lebensmittelpunkt in Wien. Insgesamt sind 30,8 % der Wiener:innen ab 16 Jahren von Wahlen auf Bundes- und Landesebene ausgeschlossen, 13,7% dürfen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft eines EU-Landes zumindest auf Gemeindeebene wählen (vgl. Stadt Wien, 2020). Grafik 1 verdeutlicht, dass der Anteil an Menschen, die nicht den österreichischen Pass besitzen, sich in den letzten Jahren noch einmal deutlich erhöht hat.

Als Folge der stagnierenden Einbürgerungsrate und des fehlenden Ausländer:innenwahlrechts und dem damit einhergehenden Fehlen von zentralen Mitgestaltungsmöglichkeiten lässt sich ein steigendes Demokratiedefizit ableiten. Denn wie kann und soll Demokratie funktionieren und wie muss sie adaptiert werden, wenn ein größer werdender Teil der Bevölkerung nicht an zentralen Entscheidungsprozessen teilnehmen kann. Es stellt sich zunehmend die Frage der demokratischen Legitimation, wenn etwa in Wien nur knapp 70 Prozent der Bevölkerung die

österreichische Staatsbürgerschaft hat (vgl. Stadt Wien, 2020) und EU- Bürger:innen zwar auf Bezirksebene wählen dürfen, jedoch von Landtags- und Nationalratswahlen ausgeschlossen sind.

Der Migrant Integration Policy Index, der die Integrationspolitik für Ausländer:innen in 52 Ländern anhand von acht Policy-Bereichen bewertet, stellt Österreich in Bezug auf politische Partizipation ein ernüchterndes Urteil aus. Mit 20 von möglichen 100 Punkten auf Platz 31, werden in Österreich wenige Möglichkeiten für politische Partizipation identifiziert und die Haltung als „ungünstig" ("unfavourable") beschrieben. Demnach verfügen ausländische Staatsbürger:innen weder über ein Wahlrecht, noch werden sie regelmäßig informiert noch konsultiert oder in die lokale Zivilgesellschaft und das öffentliche politische Leben eingebunden (Solano & Huddleston, 2020).

Auch vor dem Hintergrund des dominierenden Diskurses, der Menschen mit Fluchthintergrund als passive Akteur:innen beschreibt, die Politik und Gesellschaft weder aktiv mitgestalten wollen noch können, gilt es, sich mit der politischen Mündigkeit von Menschen mit Fluchthintergrund zu beschäftigen. Um die Inklusion von Geflüchteten zu ermöglichen, spielt die Wahrnehmung und das Wissen um Möglichkeiten der politischen Partizipation gerade für diese Gruppe eine ganz entscheidende Rolle.

Das dargelegte empirische Forschungsprojekt dient als Pilotstudie dieser Art und soll die Debatte in Wien um ein wachsendes Demokratiedefizit empirisch unterfüttern. Zudem soll es aufzeigen, durch welche Kanäle Menschen mit Fluchthintergrund partizipieren und an welchen Stellen demokratisches Potential besteht. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts wurde eine explorative Studie von politischer Partizipation durchgeführt. Unser Erkenntnisinteresse orientierte sich an folgender Forschungsfrage:

Welche demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten gibt es in Wien für Geflüchtete und inwieweit werden diese wahr- und angenommen?

In dieser Studie wird bewusst mit einem sehr offenen und breiten Verständnis von Politik und politscher Partizipation gearbeitet. Denn obwohl die meisten Menschen mit Fluchthintergrund von Wahlen ausgeschlossen sind, sind sie wie alle anderen auch von Politik und deren Entscheidungen direkt betroffen. Ein demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Bürger:innen angewiesen. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürger:innen von ihren Rechten und Möglichkeiten Politik mitzugestalten Gebrauch machen und Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt. In einem ersten Schritt wurde eine extensive Literaturrecherche durchgeführt, um vergleichbare Studien zum Themenkomplex zu identifizieren (Bauböck, 2003; Giugni, 2007; Groenendijk, 2008; Ziegler, 2017; Bekaj & Antara, 2018; Caballero & Diehl, 2020; Lehnerer, 2020; Pausch, 2020) und

so die empirische Erhebung darin einzubetten. In einem zweiten Schritt wurden ein Stakeholder-Mapping und Interviews mit sechs Expert:innen durchgeführt. Darauf aufbauend wurden 14 qualitative Interviews mit in Wien lebenden Personen mit Fluchthintergrund geführt.

Im folgenden Kapitel wird die Bedeutung von politischer Partizipation für Demokratie aus Sicht der wissenschaftlichen Literatur erläutert. In Kapitel 3 wird die methodische Vorgehensweise in dieser Studie näher beschrieben. Kapitel 4 widmet sich den Ergebnissen der Datenanalyse. In Kapitel 5 werden die Ergebnisse zusammenfassend diskutiert und Handlungsempfehlungen für die Stadt Wien sowie für Menschen mit Fluchthintergrund herausgearbeitet. Die Liste der Interviewpartner:innen sowie die Autor:innen der Studie sind in den letzten Kapiteln zu finden.

2. POLITISCHE PARTIZIPATION UND DEMOKRATIE

Die Teilhabe der Bürger:innen an der Politik gilt als Voraussetzung und gleichzeitig zentrales Merkmal einer Demokratie - ohne Partizipation des:r Einzelnen wäre Demokratie nicht möglich. Die Palette an Möglichkeiten, die der Bevölkerung zur Verfügung steht, um sich politisch einzubringen, wurde in den letzten Jahrzehnten deutlich erweitert. Während sich in der Nachkriegszeit Mitte des 20. Jahrhunderts die Bevölkerung vor allem durch Wahlen und Parteimitgliedschaft politisch beteiligt hat, kamen im Verlauf der Zeit immer wieder neue Partizipationsformen hinzu (Verba & Nie, 1972). Gerade technische Innovationen wie das Internet haben die Palette massiv erweitert, so dass sich heute die Bevölkerung vielfältig online wie offline beteiligen kann (Effing, van Hillegersberg & Huibers, 2011; Mounk, 2018; Pole, 2010; Tucker et al., 2017).

Es bestehen dabei politische Beteiligungskanäle, die stark auf politische Institutionen ausgerichtet sind, wie Wahlen, politische Mitgliedschaften, Volksbegehren, das Kontaktieren von Politiker:innen oder auch die Unterstützung von Kampagnen von Parteien durch Spenden oder Freiwilligenarbeit beziehungsweise Ehrenämter. Zusätzlich können sich Menschen außerhalb von politischen Institutionen einbringen, bei zivilgesellschaftlichen Initiativen, Protesten, Demonstrationen, dem Besetzen von Gebäuden, politischem Konsum oder auch politischen Diskussionen, online wie offline.

Die Beteiligungsformate jenseits von politischen Institutionen stehen dabei aber nicht in Konkurrenz zu klassischen Formen, wie Wahlen. Es zeigt sich viel mehr, dass Menschen, die sich in weniger institutionalisierten Beteiligungsformen politisch engagieren, auch häufiger an Wahlen teilnehmen oder in Parteien aktiv sind (Boulianne und Theocharis, 2020). Ähnliches findet sich auf der lokalen Ebene. Demokratische Beteiligung muss häufig erlernt und erlebt werden und dies geschieht vor allem in einem ersten Schritt auf lokaler Ebene in der Gemeinde, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, gegebenenfalls in der Familie, in der Schule oder dem beruflichen Umfeld. Menschen, die diese „Schule der Demokratie“ durchlaufen, sprich Demokratie im direkten Umfeld erleben und erlernen, neigen auch dazu sich generell stärker politisch auf anderen Ebenen zu engagieren (Carter, 2006; Greenberg, Grunberg & Daniel, 1996; Pateman, 1970).

Dies gilt auch für Menschen mit Fluchthintergrund. So legen Forschungen im internationalen Kontext nahe, dass die frühzeitige Einbindung von Geflüchteten in politische Prozesse positive Auswirkungen sowohl für die Personen selbst als auch für die Gesamtgesellschaft hat. Personen die kulturell, sozial und politisch im neuen Land involviert sind und mobilisiert werden, bewerteten dies als zentralen Aspekt ihrer Inklusion und sahen Mitbestimmung als Instrument, das sie maßgeblich bei der Integration unterstützt (Ziegler, 2017).

Trotz all dieser erweiterten Möglichkeiten ist der Kern der Definition von politischer Partizipation der Gleiche geblieben: Bürger:innen als aktive:n Akteur:in in demokratischen Prozessen zu verstehen. Das Spektrum, dass der Bevölkerung zur politischen Partizipation zur Verfügung steht, umfasst alle Aktivitäten und Handlungen von Bürger:innen mit dem Ziel politische Entscheidungen, Ergebnisse, Repräsentant:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft oder Bürger:innen direkt oder indirekt zu beeinflussen (siehe Kaase & Marsh, 1979; Norris, 2002; van Deth, 2009). Sie inkludiert folglich alle individuellen Handlungen, die direkte oder indirekte Auswirkungen auf politisches Handeln anderer haben.

In repräsentativen, liberalen Demokratien wie sie in den meisten westlichen Ländern zu finden sind, beruht politische Teilnahme und der damit verbundene Zugang zu Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen stark auf bürgerlichen Rechten, die an Nationalitäten geknüpft sind. Doch in Zeiten von globalen Migrations- und Fluchtbewegungen stoßen Demokratien auch an ihre Grenzen und stellen sie vor eine große Herausforderung (Song, 2009).

Die liberale Demokratie des 20. Jahrhunderts basierte in den meisten westlichen Demokratien stark auf der Annahme, dass die Bevölkerung, die in einem Land lebt, auch die entsprechende Staatsbürger:innenschaft besitzt. Nachdem dies immer weniger der Fall ist, gibt es in der Politikwissenschaft immer lauter werdende Stimmen, die vor allem vor wachsendem Demokratiedefizit warnen und Anpassungen der demokratischen Institutionen fordern (vgl. Schmitter, 2015).

Gerade, da politische Partizipation nicht nur eine Methode ist, sondern das zentrale ethische Postulat der Demokratie, müssen politische Beteiligungsformate somit inklusiv sein. Sprich, um von einer „starken Demokratie“ (Barber, 1984) zu sprechen, müssen möglichst viele Individuen die Chance und das Recht auf politische Beteiligung haben.

Aus anderen geographischen Kontexten gibt es warnende Beispiele, was geschehen kann, wenn ein substantieller Teil der Bevölkerung von demokratischen Prozessen ausgeschlossen ist. Der israelische Soziologe Sammy Smooha spricht in Bezug auf Israel von einer „ethnischen Demokratie“ (Smooha, 1997), in der eine, die jüdische Ethnie bevorzugt wird. Der deutsche Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel (2004) hat hingegen den Begriff der „exklusiven Demokratie“ geprägt, der es als demokratische Fehlentwicklung begreift, wenn marginalisierte Bevölkerungsgruppen von demokratischen Prozessen ausgegrenzt werden. Exklusive Demokratien bestanden beispielsweise vor der Einführung des Frauenwahlrechts oder sind heute noch im Baltikum in Bezug auf die russischsprachige Minderheit zu finden. Diese Beispiele lassen sich natürlich nicht direkt auf die Situation in Österreich oder Wien übertragen, aber sie sind warnende Beispiele dafür, dass die gesamte lokale Bevölkerung möglichst umfassende Rechte zur politischen Beteiligung besitzen sollte, da sonst die Demokratie „defekt“ ist (Merkel, 2004).

Nicht-Staatsbürger:innen sind von der Rechtsprechung in Österreich genauso betroffen wie Staatsbürger:innen, von vielen Entscheidungsfindungsprozessen aber dezidiert ausgeschlossen (Bauböck, 2003). Die Frage nach politischer Legitimation und Repräsentation muss an dieser Stelle gestellt werden.

3. FORSCHUNGSDESIGN

3.1. Forschungsfragen

Ausgehend von der skizzierten Problemstellung, der Aktualität und gesellschaftlichen Relevanz der Fragestellung sowie den identifizierten Forschungslücken hat das Forschungsprojekt zum Ziel, demokratische Gestaltungsspielräume für Menschen mit Fluchthintergrund und deren politische Partizipation in Wien zu untersuchen.

Damit widmet sich das Forschungsprojekt dem hochrelevanten gesellschaftlichen Aspekt der politischen Partizipation von Geflüchteten in Wien, unter der Prämisse, dass diese in der Regel keinen Zugang zum höchsten formalen Akt der politischen Mitbestimmung haben - den Wahlen.

Primäres Ziel war es, eine explorative Studie der politischen Beteiligung und Beteiligungsformen von Menschen mit Fluchthintergrund in Wien durchzuführen. Hier galt es, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten für diese Gruppe zu identifizieren, die Partizipation dieser zu analysieren und Potentiale und die Relevanz dieser für die Stadt Wien zu untersuchen.

Unser Erkenntnisinteresse hatte das Ziel, folgende Forschungsfrage zu beantworten:

Welche politischen Beteiligungsmöglichkeiten gibt es in Wien für Geflüchtete und inwieweit werden diese wahr- und angenommen?

Im Zentrum des Interesses standen die Rahmenbedingungen der demokratischen Beteiligung für Menschen mit Fluchthintergrund in Wien, wie zentrale Stakeholder diese bewerten und welche Partizipationsformen von Geflüchteten tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Daraus ergaben sich folgende Unterfragen:

- *Welche Möglichkeiten der politischen Partizipation lassen sich in Wien für Geflüchtete ausfindig machen?*
- *Unter welchen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt diese politische Teilhabe?*
- *Inwiefern spielen Geflüchtete für zivilgesellschaftliche und politische Akteur:innen eine Rolle und in welchem Ausmaß werden Sie mobilisiert?*
- *Welche Formen der politischen Teilhabe werden von Geflüchteten in Anspruch genommen?*
- *Wo findet diese vor allem statt (online/offline)?*
- *Welche Hürden gibt es für Geflüchtete, die eine höhere politische Partizipation erschweren?*
- *Inwiefern lassen sich durch die gesteigerte demokratische Partizipation von Geflüchteten Potentiale für die Stadt Wien ableiten?*

3.2. Methodik

3.2.1. Mapping der Expert:innen und Sampling

Um die politischen Beteiligungsformen, deren Rahmenbedingungen, Hürden und Möglichkeiten von Menschen mit Fluchthintergrund in Wien zu untersuchen, wurde neben einer extensiven Literaturrechenreche eine empirische qualitative Untersuchung durchgeführt.

In einem ersten Schritt wurden ein Mapping sowie eine Analyse der relevanten Stakeholder in Wien vorgenommen, die sich mit der Thematik beschäftigen sowie demokratiepolitische Arbeit von oder für Geflüchtete leisten. Ziel des Mappings war es, die Bandbreite des Themas aufzuzeigen und Stakeholder aus den verschiedenen Bereichen zu gruppieren. Folgende Einteilung konnte im Zuge des Stakeholdermapping getroffen werden:

- Vertreter:innen der im Wiener Landtag vertretenen politischen Parteien
- Interessensvertretungen, Sozialpartner, etc.
- Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft
- Community-Organisationen
- Forscher:innen

So wurde zuallererst auf Basis des vorhandenen Netzwerks der Autor:innen sowie einer zusätzlichen Recherche eine Sammlung relevanter Expert:innen und Organisationen in diesem Bereich erstellt. Insgesamt konnten so mehr als 40 relevante Personen beziehungsweise Organisationen identifiziert werden.

Das Mapping führte einerseits zu einer Einschätzung der Bandbreite der Thematik und einer Darstellung zentraler Akteur:innen in Wien. Zum anderen dient dieses Vorgehen der Identifikation relevanter Expert:innen für die Expert:inneninterviews. Die Interviews dienten dazu, zusätzliche Informationen wie Hintergrundwissen und eine Illustrierung zum Untersuchungsgegenstand zu liefern, beziehungsweise auf die eigentliche Feldarbeit vorzubereiten (Liebold & Trinczek, 2009). Expert:inneninterviews eignen sich besonders, um spezifische Handlungsfelder zu beleuchten, komplexe Sinnzusammenhänge zu rekonstruieren und soziale Phänomene zu beleuchten.

Von den insgesamt zwölf angefragten Expert:innen meldeten sich sechs Personen zurück und standen für ein Interview bereit. Angefragt wurden alle politischen Parteien, die sich für ein Ausländer:innenwahlrecht, beziehungsweise eine Erleichterung beim Zugang zur Staatsbürgerschaft einsetzen sowie deren ÖH-Fraktionen, Listen der Arbeiterkammer und Gewerkschaft sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und Community-Organisationen. Die Interviews mit Expert:innen wurden aufgrund von COVID-19 ausschließlich online durchgeführt oder schriftlich beantwortet. Untenstehend ist die Liste der Interviewpartner:innen zu finden.

Name	Funktion und Institution	Form
Patricia Anderle	Bezirksgeschäftsführerin der SPÖ Landstraße, SPÖ-Gemeinderätin & Landtagsabgeordnete in Wien	Beantwortung erfolgte schriftlich
Hannah Czernohorszky	Sozialreferentin der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH)	Telefonisches Interview
Mahsa Ghafari	Sprecherin von LINKS	Telefonisches Interview
Mümtaz Karakurt	Geschäftsführer migrare	Telefonisches Interview
Magdalena Stern	Koordinatorin Pass Egal Wahl - SOS Mitmensch	Telefonisches Interview
Christoph Wiederkehr	Vizebürgermeister der Stadt Wien, Amtsführender Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz (NEOS)	Beantwortung erfolgte schriftlich

Tabelle 1: Liste der Interviewpartner:innen

3.2.2. Erhebung

Die Analyse selbst basiert auf 12 leitfadengestützten, qualitativen Interviews sowie zwei Hintergrundgesprächen mit in Wien lebenden Menschen mit Fluchthintergrund, die von geschulten Interviewer:innen durchgeführt wurden. Auf Basis der Literatur, der Gespräche mit Expert:innen, Hintergrundgesprächen mit Betroffenen und Stakeholdern wurde der qualitative Leitfaden erstellt und auf Englisch und Arabisch übersetzt. Der eingesetzte Interviewleitfaden diente den Interviewer:innen als Anhaltspunkt, bot aber gleichzeitig den Interviewpartner:innen genügend Freiraum, um für sie wichtige Themen einzubringen.

Problemzentrierte Interviews als Methode verfolgen ebendieses Ziel, mehr über einen bestimmten Themenbereich aus der Sicht der Interviewpartner:innen zu erfahren, um in Folge die Erzählungen zu interpretieren (Flick, 2014). Im Mittelpunkt der Interviews standen deshalb individuelle Handlungen und Erfahrungen sowie die Reflexion der Befragten. Kernzielgruppe des Forschungsprojekts waren Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, dem Iran und dem Irak, die zwischen 2015 und 2018 nach Wien gekommen sind. Diese Einschränkung ergibt sich daraus, dass diese vier Nationen aktuell die größten Herkunftsländer bei Menschen mit Fluchthintergrund darstellen. Zudem wird davon ausgegangen, dass für politische Partizipation

ein Wissen über das politische System, gesellschaftliche Strukturen und zivilgesellschaftliche Prozesse nötig ist. Dieses kann erst mit der Zeit angeeignet werden, weshalb Personen, die rezenter in Wien ankamen nicht in den Forschungsprozess eingebunden werden.

Da es sich bei dieser Studie um eine explorative Annäherung an das Feld handelte und diese in einer qualitativen Herangehensweise die Bandbreite der politischen Partizipationsmöglichkeiten Geflüchteter sichtbar machen wollte, war das Sampling sehr offen und folgte dem Konzept des Theoretical Samplings. Hierfür wird das Sample nicht im Voraus festgelegt, sondern laufend im Prozess der Forschung erweitert. Die Vielfalt, Bandbreite und der Facettenreichtum der Daten standen bei der Auswahl der Interviewten im Fokus und so wurde die Auswahl der Befragten sukzessive und schrittweise, abhängig der bisherigen Erkenntnisse, getroffen. (Glaser & Strauss, 2005). Daraus ergaben sich auch ein Interview mit einer Person aus Ägypten, die zwar nicht in die geografische Einschränkung passt, jedoch die Diversität der Menschen mit Fluchthintergrund in Wien gut abbildet.

Neben den Interviews mit der Kernzielgruppe wurden vorab zwei Hintergrundgespräche mit Betroffenen geführt, die zwar selbst nicht aus Ländern der Hauptzielgruppe kommen, jedoch auch Fluchterfahrung – in einem Fall schon länger zurückliegend - haben. Die Interviewten aus den Hintergrundgesprächen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft und sind damit auch nicht wahlberechtigt.

Neben den Einzelinterviews war ursprünglich geplant, eine Gruppendiskussion durchzuführen, um kollektive Erfahrungen und divergierende Perspektiven in einem Gruppensetting zu diskutieren. Aufgrund der anhaltenden COVID-19 Situationen beschloss das Forschungsteam auf diese zu verzichten und stattdessen die Anzahl an Interviews mit Betroffenen zu erhöhen. Insgesamt wurden 14 Interviews mit Personen aus sechs Ländern durchgeführt. 57,1% der Interviewpartner:innen waren weiblich. Das Alter der Interviewpartner:innen reichte von 20 bis 51 Jahren. Eine Liste der Interviewpartner:innen (Kürzel I für Interviews und H für Hintergrundgespräche) findet sich im Anhang.

3.2.3 Auswertung

Die Interviews wurden mit Zustimmung der Interviewpartner:innen aufgezeichnet, transkribiert, beziehungsweise übersetzt und transkribiert. Der Analyseprozess folgte der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2002), in dessen Zentrum ein aus dem Datenmaterial entwickeltes Kategoriensystem steht. In einem ersten Schritt wurde offen und explorativ in das Material gegangen und anhand der Fragestellung ein Kategoriensystem entwickelt. In der Tradition der Grounded Theory wurde iterativ vorgegangen und anfangs offen kodiert, das Kategoriensystem sukzessive an die Daten angepasst und schließlich auf das gesamte Material angewandt (Glaser &

Strauss, 2005). Mittels der Computergestützten qualitativen Analyse-Software MAXQDA wurde das Material vollständig kodiert und für die Analyse vorbereitet. Diese folgte der Vorgehensweise von Rädiker und Kuckartz (2020), die eine schrittweise Anleitung für eine systematische und fokussierte Inhaltsanalyse mittels MAXQDA erarbeiteten.

Wichtig ist es dem Forscher:innenteam zu betonen, dass es sich bei dem Projekt um Forschung mit und nicht nur zu Geflüchteten handelt. Zentrales Ziel also war, diese aktiv in den Forschungsprozess einzubinden und sich im Forschungsprozess der Vulnerabilität der Zielgruppe bewusst zu sein. Von Unger (2018) bezeichnet diese kritische Auseinandersetzung mit ethischen Aspekten der Forschung als „forschungsethische Reflexivität". Indem Forscher:innen in soziale Interaktion mit den Befragten treten, müssen sich diese ihrer Rolle und der besonderen Lage der Zielgruppe bewusst sein. So stehen neben dem Anspruch der wissenschaftlichen Qualität, der Integrität der Forscher:innen auch das Wohlergehen und die Persönlichkeitsrechte der Befragten im Fokus. Diese Grundsätze werden im Rahmen dieses Forschungsprojekts stets berücksichtigt und durch die Erfahrungen der Interviewer:innen mit der Zielgruppe gewährleistet. Die Interviews selbst werden von geschulten Interviewer:innen durchgeführt, die teilweise selbst Fluchthintergrund haben. Das Forscher:innenteam hat Erfahrung in der Inklusion von Geflüchteten in wissenschaftliches Arbeiten und ist sich um die Besonderheiten in diesem Vorgehen bewusst.

4. FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ziel der Analyse ist es, ein Verständnis über die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Fluchthintergrund in Wien zu generieren und angeführten Forschungsfragen zu beantworten. Kapitel 4.1. beleuchtet eine grundlegende Voraussetzung von politischer Partizipation und gibt hierfür einen Einblick in das vorhandene politische Interesse der Befragten. Kapitel 4.2. beschreibt das unterschiedliche Verständnis und Vorstellung von Partizipation und Demokratie bei den Befragten. Kapitel 4.3. beleuchtet die tatsächlichen Beteiligungsformen und betten sie in rechtliche Rahmenbedingungen ein, das darauffolgende Kapitel 4.4 nimmt Bezug auf Migrationsbeiräte. In Kapitel 4.5. werden Wahlrecht und der Wunsch nach diesem diskutiert und daran anschließend widmen wir uns Wünschen der Betroffenen für mehr Mitgestaltung. Hürden und Hindernisse zur gesteigerten Partizipation werden im Zuge der einzelnen Partizipationsformen diskutiert.

4.1. Politisches Interesse

Menschen mit Fluchthintergrund werden im öffentlichen Diskurs oftmals als passive Akteur:innen und Objekte der Politik verstanden, denen generell politisches Interesse abgesprochen, ihnen aber zugleich mangelnde Teilhabe vorgeworfen wird. Diese Annahmen konnten im Zuge unserer Analyse größtenteils widerlegt werden.

Ein großer Teil der Befragten Personen gab an, sich als politisch interessierte Person zu bezeichnen. Nur zwei der insgesamt 14 Interviewten verneinten jegliches politische Interesse, sowohl im Herkunftsland als auch in Österreich. Drei weitere Personen betonten, im Herkunftsland nicht an Politik interessiert gewesen zu sein, einerseits da sie noch jung waren, andererseits weil es die Situation nicht erlaubte, beziehungsweise sie einfach andere Interessen hatten. Eine Interviewte aus Afghanistan (24; I_12) meinte etwa:

> *„Leider muss sich sagen, dass ich kein politischer Mensch bin, aber heutzutage mit der Situation in Afghanistan, muss man sich einfach politisch einmischen. Ich selbst kann mich nicht direkt einmischen, aber ich kann meine Meinung haben und diese auch äußern."*

Alle anderen Befragten betonten, dass sie Interesse an österreichischer Politik haben und sich mit innenpolitischen Themen in Österreich beschäftigen. Patricia Anderle von der SPÖ und Mahsa Ghafari von LINKS bekräftigen in den Interviews das Interesse von Menschen mit Fluchthintergrund an Politik. Auch das aktuelle Interesse an der Politik des Herkunftslandes wurde von elf Befragten geteilt.

Was die Themen betrifft, so lässt sich feststellen, dass sich die Befragten vor allem mit Inhalten beschäftigen, beziehungsweise dafür interessieren, von denen sie selbst betroffen sind. Einerseits ist das die aktuelle Situation im Herkunftsland, aber auch Migrations-, Asyl- und

Integrationspolitik auf nationaler und lokaler Ebene in Österreich. Wie so oft hängt das politische Interesse und etwaige politische Partizipation mit den Lebensrealitäten der:s Einzelnen zusammen und als wichtig empfundene Themen spiegeln die aktuelle Lebenswelt wider. Zwei Interviewte meinten etwa dazu:

> *„Mich interessieren Themen wie Asyl, Integration, Migration, Arbeitsrecht. Das sind Themen wo ich engagiert bin und die ich selbst als Flüchtling erlebt habe. Andere Themen kommen vielleicht noch mit der Zeit, da ich erst seit fünf Jahren in Wien wohne. Ich habe mich zwar integriert, aber ich glaube fünf Jahre sind nicht genug." (Mann, 28, Syrien; I_2)*

> *„Mich interessiert, was mich betrifft als jemand, der in Wien lebt. Ich interessiere mich für politische Entscheidungen, mit denen ich in Berührung kommen. Weil ich nicht wählen darf, mische ich mich nicht in die Themen ein, die ich eigentlich nicht mitbestimmen kann. […] Interessant sind aber fast alle Entscheidung der Regierung, auch wirtschaftliche und kulturelle Entscheidung. Das alles kommt mit meinem Dasein in Berührung." (Mann, 34, Syrien; I_9)*

Andere Themen und Interessensgebiete, die im Zuge der Interviews genannt wurden, waren vielseitig und decken das gesamte politische Spektrum ab: Gleichstellung der Geschlechter, Gesundheits- und Impfpolitik, Frauenrechte, das politische System Österreichs, Kulturpolitik, Kinderrechte und Bildungspolitik, Wirtschaft, allgemeine Menschenrechte, Umweltpolitik und Arbeitsrecht. Eine Frau aus dem Irak meinte etwa:

> *„Natürlich interessiere ich mich für Politik. Unbedingt. Politik ist unser Leben. Unsere Rechte, Gesetze und Überleben. Das alles ist Politik. Es gibt keinen, der sich nicht dafür interessiert. Jeder ist interessiert - wenn auch unbewusst." (Frau, 49, Syrien; I_5)*

Alle bis auf eine Befragte gaben an, sich mit Freund:innen oder Familie regelmäßig über Politik zu unterhalten und viele Befragten gaben auch an, dass diese Gespräche und Freundschaften relevant für die politische Aktivität seien. Demokratie im kleinen Rahmen und im unmittelbaren Umfeld zu erleben wird deshalb in der wissenschaftlichen Literatur auch als eine zentrale Voraussetzung für politische Partizipation angesehen (vgl. van Deth, 2016). Eine junge Studentin aus Somalia (20; H_1) erwähnte beispielsweise im Rahmen des Hintergrundgesprächs:

> *„Ja, also ich habe sehr viele Freund:innen, die sehr aktiv sind und ich glaube, dass motiviert mich auch, aktiver zu sein. […] Wir motivieren uns dadurch auch gegenseitig, politisch aktiver zu sein."*

Dies ist auch ein Grund, warum mehr als die Hälfte der Befragten die Frage nach der politische Selbstwirksamkeit bejahte und angab, dass sie das Gefühl haben, sich bei einem politischen Gespräch über Österreich beteiligen zu können. Ein großer Teil der Befragten gab zudem an, sich regelmäßig bis täglich zu aktuellen Entwicklungen in Österreich aber auch im Herkunftsland zu informieren. Zusätzlich betonten einige, sich auch mit globalen Geschehnissen zu beschäftigen.

Die Hauptquelle für politische Informationen sind soziale Medien, einerseits allgemeine Medienbeiträge, andererseits auch die Online-Auftritte der österreichischen Politiker:innen selbst. Hier wurden etwa Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein sowie der ehemalige Gesundheitsminister Rudolf Anschober namentlich genannt. Neben sozialen Netzwerken stellen österreichische Zeitungen und der ORF relevante Quellen dar, auch Medien aus dem Herkunftsland und persönlichen Bezugspersonen, die schon länger hier leben, wurden als Informationsquellen genannt.

4.2. Demokratisches Verständnis

Alle Befragten kommen aus Ländern, in denen Demokratie, Bürger:innenrechte und grundlegende Freiheiten massiv eingeschränkt sind. Somit sahen sich die Personen nach ihrer Ankunft in Österreich mit einem neuen politischen System konfrontiert. Ihre Erfahrungen mit demokratischen Prozessen sind demnach deutlich geringer und die Berührungsängste mit politischer Teilhabe oft größer.

Der Studie des International Institute for Democracy and Electoral Assistance und der Robert Bosch Stiftung (Bekaj & Antara, 2018) folgend benötigen Menschen mit Fluchthintergrund Zeit, sich im demokratischen System zu verorten, aber auch ein direktes Erleben der Möglichkeiten der Mitbestimmung. Viele der Befragten gaben an, aktuell diese „Schule der Demokratie" im Kleinen zu durchlaufen und demokratische Werte zu erleben und zu erlernen. Ein Befragter aus Syrien (34; I_9) gab beispielsweise an, dass seine politische Bildung einen großen Einfluss auf sein Verhältnis zur Politik in Wien, beziehungsweise in Österreich habe:

> *„Politisch engagiert oder politisch interessiert zu sein, ist eine Kultur, die man lernt. Das kommt bei mir in kleinen Schritten auch an, also wenn es mir erlaubt und möglich gemacht wird. Deshalb habe ich in Syrien mich gar nicht beteiligt, weil ich diese Kultur nicht erworben habe."*

Auch eine Befragte aus Afghanistan (24; I_12) sowie ein Befragter aus dem Iran (30; I_1) teilten diese Einschätzung:

> *„Wir hatten keine Demokratie in unserem Land, deswegen haben wir nicht so eine gute Vorstellung."*

> *„Ich habe die Bedeutung erst hier in Österreich erfahren. Ich habe das Wort [Demokratie] vorher sicherlich gehört, aber ich wusste nicht was das bedeutet."*

Der für das Projekt interviewte Experte Mümtaz Karakurt von der Organisation *migrare* betonte jedoch, dass das Argument des sogenannten "Demokratiedefizits" von Geflüchteten zu kurz greife. Es lasse außer Acht, dass das Desinteresse, beziehungsweise die Nicht-Teilhabe auch an den Themen und personellen Aufstellung der Parteien liege, sowie, dass Räume fehlen, die zur

Mitgestaltung anregen. Auch Mahsa Ghafari von der Liste Links bekräftigte, dass sie das Argument des Demokratiedefizits nicht gelten lasse und fragt, „*welches Demokratieverständnis man beibringen wolle, wenn das System systematisch unterschiedlichste Gruppen diskriminiere.*“

Im Einklang mit bisherigen Forschungsergebnissen (Kohlbacher et al., 2017) bekannten sich alle Befragten klar zu Demokratie als die gewünschte und ideale Regierungsform. Neben dieser normativen Befürwortung zur Demokratie ergeben sich jedoch differenzierte Ansichten in Bezug auf verschiedene Demokratieverständnisse. Denn auch wenn Demokratie als Herrschaftsform nicht allen Befragten geläufig war, so hatten alle ihre persönlichen Vorstellungen, Ideen und Konzepte.

Dem Konzept der liberalen Demokratie folgend, das unter anderem durch die Gewährleistung grundlegender Freiheitsrechte gekennzeichnet ist, ließ sich ein starker Fokus auf Freiheitsrechten bei fast allen Interviews mit Geflüchteten finden. Dies ist wohl überwiegend auf den direkten Vergleich mit der Situation im Herkunftsland, sprich auf die Tatsache der politischen Verfolgung in den Herkunftsländern und der damit verbundenen großen Bedeutung der liberalen Freiheitsrechte für den:die Einzelnen in liberalen Demokratien, zurückzuführen. Der Garant der Meinungsfreiheit und der Möglichkeit, die Regierung und regierende Politiker:innen kritisieren zu können, wurden von vielen Befragten besonders hervorgehoben. Auf die Frage was Demokratie bedeute meinte etwa ein Mann aus Syrien (34; I_9):

> *„Für mich bedeutet es, die Sicherheit zu haben, seine Meinung äußern zu können, ohne Angst zu haben, eine aggressive und sinnlose Reaktion zu bekommen. Für mich ist Respekt der Hauptkern des demokratischen Lebens. Dass man seine Meinung äußern kann, ohne schlechter Reaktion seitens der Politik oder der Polizei zu bekommen, heißt für mich Demokratie.“*

Viele Befragten verbanden auch Gleichbehandlung aller Menschen, sei es nach Geschlecht oder geografischer, kultureller oder sozialer Herkunft mit dem Kern einer jeden Demokratie. Auch die Gewährleistung der Gleichbehandlung durch Gesetze und die Verfassung wurde von zwei Interviewten besonders hervorgehoben. Wie etwa von einer Frau aus Syrien (49; I_5), die verdeutlichte, dass für sie „*Demokratie die Gerechtigkeit des Gesetzes [sei]*“.

Interessant ist an dieser Stelle, dass sich fast alle Befragten stark an ein liberales Demokratieverständnis anlehnten, und ein eher partizipatives Demokratieverständnis mit nicht institutionalisieren Beteiligungsformen eher im Hintergrund stand. Erst auf Rückfragen, was politische Partizipation bedeute, wurde auf unterschiedliche Möglichkeiten der Teilhabe in Hinblick auf die eigenen Interessen verwiesen.

Eine Frau aus Afghanistan (20; I_11) etwa beschreibt Partizipation als Versuch etwas zu ändern, „*also nicht still zu bleiben, reden und schreien*“ und ein Mann aus Syrien (34_I9) gab an, Partizipation mit individueller Teilhabe und persönlichem Interesse zu assoziieren:

> *„Wenn ich an politischen Themen teilnehmen kann und nicht uninteressiert bin. Wenn die Politik die Teilnahme von den Bürgern anlockt, erlaubt und diese ermöglicht, ist das Partizipation in der besten Form“.*

Auch wenn alle Befragten anerkennen, in Wien in einem demokratischen Kontext zu leben und diese Sicherheit und Rechte wertschätzen, so stellten fünf der Befragten fest, dass das demokratische System Österreichs auch seine Schwächen hat. Hier wurde vor allem auf Themen verwiesen, die für die Interviewten von Relevanz sind, wie Wahlrecht für Ausländer:innen, Diskriminierung und Inklusion. Die junge Frau aus Afghanistan (20; I_11) meinte an dieser Stelle, dass Österreich oft so tue als sei es demokratisch, aber bei Themen wie dem Islam, Diskriminierung von Muslim:innen und Frauen mit Kopftüchern, Freiheit und Gleichbehandlung nicht zu gleichem Maß garantiere. Das Thema Wahlrecht und Einbürgerung war bei vielen Gesprächen präsentes Thema und ein Interviewter aus Syrien meinte dazu:

> *„Österreich ist natürlich schon eine Demokratie, aber es könnte noch besser sein. Wenn Menschen, die hier geboren sind und Menschen, die schon lange hier leben nicht wählen dürfen, dann ist es nicht die beste Demokratie“ (Mann, Syrien, 23; I_10)*

Ein junger Mann aus dem Irak (28; I_4) (verglich etwa das System in Syrien mit Österreich und stellte fest:

> ***Interviewter**: Ich habe das [Demokratie] nicht gefunden. Obwohl Österreich ein demokratisches Land ist. Ich denke diese Demokratie ist nur für einen Teil der Bevölkerung. Zum Beispiel für Österreicher. Aber für uns, Ausländer, ist es ein bisschen schwerer. Es ist besser als in meinem Heimatland. Dort gibt es keine Demokratie. Dort ist es eine Diktatur. Aber man kann sagen, dass 80% von Österreich demokratisch ist.*
> ***Interviewer**: Und was sind die 20%?*
> ***Interviewter**: Was ich schon erlebt habe ist, dass manche Politiker machen, was sie wollen. Sie respektieren die Bevölkerung nicht.*

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt verließen viele der Befragten ihre Herkunftsländer aus Gründen der politischen Verfolgung und waren massiven Einschränkungen ausgesetzt. In allen Interviews wurden auf Unterschiede verwiesen und am häufigsten wurde generell auf das politische System verwiesen. So stellten alle Interviewten aus Syrien fest, dass dort keine Demokratie herrsche und ein Vergleich mit Österreich deshalb kaum zulässig ist.

Selbst der Interviewte aus dem Iran (30; I_1), der angab, überhaupt nicht politisch interessiert oder aktiv zu sein, stellte fest, dass der Iran zwar demokratische Elemente besitze, diese aber nicht funktionieren und nur zum Schein gewahrt werden. Drei Interviewte verwiesen auf die Macht der österreichischen Bevölkerung und deren Einfluss auf die Politik. Ein Mann (Irak, 28; I_4) etwa

sprach offen seine Verwunderung darüber aus, dass der Druck der Bevölkerung Neuwahlen auslöste und meinte dazu etwa:

> *„Seitdem ich gekommen bin, habe ich so viele Unterschiede bemerkt zwischen der Politik in meinem Heimatland und der Politik in Österreich. Was ich sehr interessant gefunden habe ist, dass die Bevölkerung wirklich etwas ändern kann."*

Zwei Frauen aus Ägypten (I_3) und Afghanistan (I_12) verwiesen auf Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und auf Chancengleichheit für Frauen in Österreich. Drei weitere Befragte nahmen Bezug auf die in Österreich herrschende Meinungsfreiheit und der Möglichkeit, die Regierung aktiv zu kritisieren, ohne mit Repression oder Sanktionen rechnen zu müssen. Eine Frau aus Afghanistan (22; I_8) meinte etwa:

> *„Im Vergleich zu meinem Herkunftsland gibt es hier die Meinungsfreiheit. Man kann auf die Straße gehen ohne Angst zu haben irgendwie erschossen zu werden oder in Haft genommen zu werden. Das ist in meinem Herkunftsland nicht der Fall. Auch kann man sich, egal welche Meinung man vertritt, verschiedenen Organisationen anschließen ohne Angst zu haben, ermordet zu werden. Das ist in meinem Herkunftsland und auch im Iran, wo ich eine Zeit lang gelebt habe der Fall."*

In den Interviews wurde auch das subjektive Sicherheitsempfunden bei politischer Teilhabe in Wien besprochen. Ein Großteil der Befragten gab an, sich bei Demonstrationen und öffentlicher Teilhabe sicher zu fühlen. Sie gaben an, keine Bedenken zu haben, vor allem nicht, wenn die Demonstrationen genehmigt seien. Einzig drei Personen verwiesen auf Sicherheitsbedenken, die aber nicht alle unmittelbar mit persönlicher Erfahrung verbunden ist. Ein Mann aus Syrien (I_9) meinte etwa dazu, dass er gehört hätte, dass Bekannte bei politischen Diskussionen bedroht wurden und die Polizei gegenüber Demonstrant:innen aggressiv auftrat.

Eine junge Frau aus Afghanistan (24; I_12), die aufgrund der aktuellen Geschehnisse und der Machtübernahme in Afghanistan politisch aktiv wurde und dazu auch in der Öffentlichkeit auftritt, gab an, dass sie hoffe und stark dafür plädiere, dass es für Menschen mit Fluchthintergrund, die sich rechtlich in einer prekären Situation befinden keine Implikationen gäbe, wenn diese sich politisch äußern.

> *„Ich äußere meine Meinung und ich habe auch keine Angst, obwohl mein Asylverfahren noch am Laufen ist. Wenn ich in einem Land lebe, wo es die Meinungsfreiheit gibt, dann muss ich nicht einmal darüber nachdenken, was mit mir passieren könnte, wenn ich meine Meinung äußere. Aber ich frage mich, ob etwas passieren könnte, denn man hört oft, dass junge Menschen nicht ihre politische Meinung äußeren, weil sie Angst vor Konsequenzen haben."*

Eine junge Frau aus Somalia (20; H_1), die seit 13 Jahren in Wien lebt, politisch sehr engagiert und aktiv ist, aber keine Staatsbürgerschaft besitzt gab im Zuge eines Hintergrundgesprächs an, Interesse zu haben später in die Politik zu gehen, diesbezüglich aber Sicherheitsbedenken zu

haben. Wie auch der Mann aus Syrien belaufen sich ihre Bedenken auf rassistische Anfeindungen und Einschüchterung:

> *„Ich wäre zum Beispiel die erste Person, die ein Kopftuch trägt, die in die Politik geht. Es ist zu viel Druck. Ich kann viel falsch machen, weil ich "anders" bin. Es ist einfach keine Sicherheit da. […] Du bringst dich in eine Position, wo du sehr verletzlich bist. Es kann einfach so viel passieren, zum Beispiel unsere Justizministerin, die Alma Zadić, hat einfach 24 Stunden Polizeischutz, weil sie eben Alma Zadić heißt und sie nicht einen österreichischen Namen hat. […] Aber bei mir ist es nicht nur mein Name, sondern auch mein Aussehen. Wie viel Polizeischutz würde ich brauchen? Es spielt nicht nur dieser Stress eine Rolle, sondern auch die Sicherheit."*

Das Verständnis von Demokratie von Geflüchteten ist sowohl von den politischen Verhältnissen in ihrem Herkunftsland als auch vom Ankunftsland Österreich stark geprägt. Aufgrund der meist großen Unterschiede wird die Demokratie in Österreich häufig sehr positiv wahrgenommen, besonders aufgrund der garantierten Freiheitsrechte. Allerdings nehmen Geflüchtete gewisse Hürden wahr, sehen gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund von Religion oder ihrem Aussehen und wünschen sich mehr direkte Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichten.

4.3. Politische Partizipation

Das subjektive Gefühl, die eigene Stimme politisch erheben zu können und *gehört zu werden* ist zentral für den tatsächlichen Grad der Mitgestaltung. Die Studie des International Institute for Democracy and Electoral Assistance und der Robert Bosch Stiftung (Bekaj & Antara, 2018) zeigt etwa auf, dass Personen, die das Gefühl haben, von anderen gehört zu werden, sich als aktiven Teil der Gesellschaft sehen. Ein für das Projekt interviewter junger Mann (28; I_4) aus dem Irak beschreibt, er *„habe nicht so viele Möglichkeiten, damit [s]eine Stimme jemandem erreicht."*

Die Relevanz dieses „Gehört werden" und Anerkennung zu erfahren, um damit weiter motiviert und darin bestärkt zu werden aktiv zu sein und an gesellschaftsrelevanten und politischen Prozessen teilzuhaben, wurde auch von den Expert:innen aus der Zivilgesellschaft unterstrichen. Mümtaz Karakurt etwa verdeutlichte, dass *„viele Betroffenen mehr Interesse an Politik [hätten] oder Politik anders wahrnehmen [würden], wenn sie interessant wären für Politik und Parteien. Wenn Signale kommen, dass man die Menschen fragt und sie eine Stimme bekommen. Wenn sie merken, dass ihre Stimme etwas wert ist."*

Von den 14 Interviewpartner:innen gaben acht Personen an, sich als aktiver Teil der Gesellschaft in Wien zu fühlen. Die Frage war in den Interviews bewusst offengehalten worden, um den Befragten Raum für eigene Interpretation von Aktivität zu geben. Betrachtet man jedoch die tatsächlichen Aktivitäten und Handlungen der Einzelnen wird schnell klar, dass auch jene, die sich nicht als aktiver Teil fühlen, zu einem gewissen Grad politisch und zivilgesellschaftlich engagiert

sind. Jener Mann aus dem Iran (30; I_1), der sich selbst als politisch uninteressierten Menschen beschrieb, war der einzige Befragte, der in keiner Form politisch partizipiert und angab, dass Partizipation nichts bringe: „*Ich habe das Gefühl, dass Politik mich hemmt. Das entspricht mein Wesen nicht. […] Es gibt mir nur negative Energie. Ich möchte mich nicht damit beschäftigen.“.*

Eine junge Frau aus Afghanistan (I_8), die regelmäßig an Demonstrationen teilnimmt, ehrenamtlich aktiv ist und großes politisches Interesse zeigt, beschrieb sich trotz dieser Aktivitäten nicht als aktiven Teil, da sie politische Partizipation stark mit formelleren Formen der Teilhabe, wie Parteimitgliedschaft, Beteiligung in einer Jugendorganisation oder eben Wahlberechtigung, assoziiere. Auch ein junger Mann aus Ägypten (24; H_14) gab im Rahmen des Hintergrundgesprächs an, dass er gerne mit Menschen über Politik rede, aber „*noch nicht in der aktiven Phase [sei]. Das kommt vielleicht noch*.“ Auch bei ihm zeigte sich im Verlauf des Gesprächs, dass er sich sehr stark ehrenamtlich engagiert, einerseits innerhalb seiner Community, aber auch bei der Fakultätsvertretung an der Universität.

Die Analyse der politischen Aktivität zeigt, dass sich vor allem die Frauen (I_3; I_5; I_6; I_7) im Sample, die erst nach ihrer Jugend nach Wien kamen, nicht besonders aktiv fühlen und zwei von ihnen auch tatsächlich wenig an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilhaben. Fehlende Sprachkenntnisse wurden in allen Fällen als Grund angeführt, keine Zugehörigkeit zu verspüren auch deshalb nicht teilhaben zu können, beziehungsweise zu wollen.

> *„Im Vergleich mit meinen Aktivitäten in meinem Heimatland bin ich hier nicht aktiv. In meinem Heimatland habe ich viele politische und kulturelle Seminare besucht. Aber hier wegen der Sprache bin ich gehemmt, ähnliche Aktivitäten zu besuchen. Wenn ich meine Deutschkenntnisse verbessere, werde ich eine andere Zukunft haben.“ (Frau, 51, Ägypten; I_3)*

Ein der Frauen gab an, sich nicht als aktiver Teil der Gesellschaft zu führen, in der Analyse der Beteiligungsformen zeigt sich jedoch, dass sie an einer Vielzahl von Aktivitäten partizipiert. Jedoch sprach sie von „*einem großen Gefühl von Begrenztheit. Man fragt sich wie es weiter geht. Man ist nicht komplett hier. […] Es ist schwierig. Die Sprache ist der Schlüssel.“* (Frau, Syrien, 49; I_5)

Im Folgenden werden die durch die Literatur und in Expert:innengespräche identifizierten Beteiligungsformen näher besprochen und in einen politischen und rechtlichen Kontext eingebettet. Die Analyse zeigt, dass Personen mit Fluchthintergrund vor allem an nicht-institutionalisierten, niederschwelligen Formen teilhaben. Deshalb sind die untenstehenden Partizipationsformen auch nach ihrem Grad an Niederschwelligkeit gereiht.

4.3.1. Politische Meinungsäußerung

Wie bereits angeführt, spielt die Reichweite und Wirksamkeit der eigenen Stimme und Handlung eine zentrale Rolle in der tatsächlichen Ausprägung der Partizipation. Personen, die annehmen, dass ihr Tun von weniger Relevanz und Wirksamkeit sei, äußern sich auch weniger und halten sich in ihrer politischen Meinung oft zurück; ein Effekt, der auch häufig bei Menschen ohne Fluchthintergrund festgestellt wird (Vecchione & Caprara, 2009, Solhaug 2006).

Die Analyse zeigt, dass sechs der 14 Befragten, ihre politische Meinung bereits in einem öffentlichen Rahmen äußern. Zwei junge Frauen aus Afghanistan (I_11; I_12) sprachen öffentlich auf Demonstrationen, schrieben Briefe an Politiker:innen und eine wurde für FM4 und einen Privatfernsehsender zur Lage in Afghanistan und den Demonstrationen in Wien interviewt. Zudem ist sie in die Arbeit eines Podcast involviert, der sich mit Fragen zu Migration und Integration beschäftigt. Die junge Studentin aus Somalia (H_1) arbeitet bei einem Instagram-Medium, das gesellschaftspolitisch relevante Themen behandelt, und spricht auf öffentlichen Veranstaltungen über Rassismus-Erfahrungen und fehlende gesellschaftliche Diversität. Eine Frau aus dem Irak (I_7) moderierte Sendungen bei einem digitalen Community TV-Sender, der zu gesellschaftspolitischen Themen für Menschen, die neu in Österreich sind informiert, ein junger Mann aus Syrien (I_10) gab an, regelmäßig politische Veranstaltungen zu besuchen, wo er auch bewusst teils provozierende Frage stelle. Spannend ist die politische Aktivität eines Mannes aus Syrien (34; I_), der in Wien als Autor lebt. Er gab an, sich in einem literarischen Rahmen politisch zu äußern,

> *„[D]as heißt mit Metaphern, zwischen den Zeilen, so äußere ich meine Meinung online, aber nicht direkt in eine Debatte oder ähnliches. Das mache ich eher offline in meinen Lesungen. Da kommen oft lokale politischen Themen aus Österreich oder international in Bezug auf Europa oder Syrien vor.“*

Ein weiterer relevanter Aspekt ist Online-Engagement auf sozialen Medien. Neben den beiden Befragten, die sich an institutionalisierten Onlinemedien beteiligen, gaben vier weitere Befragte an, regelmäßig politische Inhalte auf sozialen Medien zu teilen, um den politischen Diskurs aktiv mitzugestalten - sowohl Politik und Gesellschaft in Österreich, aber auch im Herkunftsland. Eine Frau, die sich bereits im Irak (45; I_7) stark für Frauenrechte einsetzte, sprach offen über ihren Online-Aktivismus. Sie kommentiere gezielt Beiträge und versuche Aufklärungsarbeit zu leisten und wenn sie *„einen Post sehe, der in die andere Richtung geht, versuche [sie] rational Argument aufzubauen und zu diskutieren.“*

4.3.2. Demonstration und Petition

Demonstration sind zentrales Element der nicht institutionalisierten, politischen Partizipation, um der politischen Meinung direkten Ausdruck zu verleihen und so Einfluss auf die politische Willensbildung zu nehmen. Der Zugang ist niederschwellig gestaltet, an keine Staatsbürgerschaft gekoppelt und thematisch nicht eingeschränkt.

Demonstrationen sind ein demokratisches Grundrecht, das im Staatsgrundgesetz (Artikel 12) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (Artikel 11) verankert ist. In Artikel 12 des Staatsgrundgesetzes heißt es „*Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden*." Versammlungsfreiheit basiert folglich auf der österreichischen Staatsbürgerschaft. Dies ist in Paragraph 8 des Versammlungsgesetzes genauer geregelt „*Ausländer dürfen weder als Veranstalter noch als Ordner oder Leiter einer Versammlung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten auftreten*". Drittstaatenangehörige dürfen folglich nur als Teilnehmer:innen, nicht aber als Organisator:innen an Demonstrationen in Österreich teilnehmen.

Basierend auf den Interviews lässt sich feststellen, dass Menschen mit Fluchthintergrund Demonstration für eine niederschwellige und geeignete Möglichkeit halten, den politischen Diskurs mitzugestalten. Neun der 14 Befragten waren zumindest schon einmal auf einer Demonstration in Wien – acht Personen davon öfters. Die Themen richten sich stark an Inhalte, von denen sie selbst betroffen sind: Asyl- und Integrationspolitik, Xenophobie oder aktuellen Entwicklungen im Herkunftsland. Eine junge Frau aus Afghanistan (20; I_4) erzählte etwa „*Auf afghanischen Demonstrationen war ich öfters. Außerdem war ich auf Black Life Matters-Demos. Ich war auch auf Demos bezüglich des Kopftuchverbots in Schulen.*" Spannend ist, dass Paragraph 6 des Versammlungsgesetzes diesen Inhalten einen Schranken vorsetzen kann und besagt „*Eine Versammlung, die der politischen Tätigkeit von Drittstaatsangehörigen dient und den anerkannten internationalen Rechtgrundsätzen und Gepflogenheiten oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen, den demokratischen Grundwerten oder außenpolitischen Interessen der Republik Österreich zuwiderläuft, kann untersagt werden.*"

Ein Mann aus Syrien (34; I_9) gab an, regelmäßig an Demonstrationen teilzunehmen, die mit Integrationspolitik zu tun hätten, aber nicht bei Versammlungen die österreichische Politik betreffen: *„Bei Demonstrationen gegen die Regierung war ich nicht dabei, weil ich mich nicht zugehörig fühle, um dort zu sein".* Auch hier geht es wieder um die Frage von Anerkennung, denn demokratische Teilhabe wirkt sich nicht nur auf die politische Willensbildung aus, sondern steigert die Selbstachtung und das Gefühl von Zugehörigkeit.

Die Analyse zeigt, dass zwei Frauen (I_5; I_12), auch aktiv in die Organisation von Demonstrationen in Wien involviert sind. Eine junge Frau aus Afghanistan (24; I_12), die selbst

von sich angab, im Zuge der Machtübernahme in Afghanistan politisiert worden zu sein, ist eine jener Aktivist:innen, die afghanischen Protesten in Wien ein Gesicht verleiht und versucht, Aufklärungsarbeit zu leisten.

> *„Morgen werde ich auch eine Demo moderieren und ich werde eine Rede halten und das Ziel ist, dass die Leute wissen, was gerade in Afghanistan passiert. Nachrichten hören, ist nicht genug und nicht immer wahr. Ich muss mich äußern und das tue ich auch."*

Die Wirksamkeit und Zweckhaftigkeit von Demonstrationen wurden von den Interviewpartner:innen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Ein Teil der Befragten hinterfragte die Wirksamkeit von Demonstrationen und thematisierte die „Macht des:r Einzelnen", wie ein junger Student aus Ägypten (24; H_2):

> *„Wenn ich dort als [Name] bin, würde es nicht viel bringen. Ich sage nicht, dass, wenn alle dort sind, es nichts bringt, aber wenn ich persönlich da bin, dann kann es wahrscheinlich nicht so viel ändern. […] Als einzelner Person, weiß ich, dass das nicht viel bringt und vielleicht deswegen."*

Der andere Teil der Befragten hingegen wertschätzte die Möglichkeit, der eigenen Stimme Ausdruck zu verleihen und Inhalte sichtbar zu machen. Die Möglichkeit, Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Konflikte zu lenken und damit Bewusstsein für Themen zu erzeugen wurde von einigen Personen hervorgehoben. Ein Mann (I_4) bezeichnete Demonstrationen auch als die beste Möglichkeit, um der eigenen Stimme Gehör zu verschaffen. Die oben zitierte Aussage der jungen Frau zeigt auch, wie Menschen ohne Wahlrecht Demonstrationen nutzen, um für Ihre Stimme und Ihre Ideale einzustehen. Eine junge Studentin (20; H_1) nahm Bezug auf Proteste für Minderheiten:

> *„Ich hoffe, also ich glaube schon, dass es was bringt. Es kommt darauf an, wie viele Leute kommen, aber es bringt, glaube ich, den Menschen, für die man demonstriert etwas, weil sie sehen, dass sie nicht allein sind. Es gibt Menschen, die sich für sie interessieren. Es gibt Menschen, die sehen, was gerade passiert und die sagen Nein, das ist nicht okay."*

Das Petitionsrecht ist eines der wenigen politischen Rechte, das die Bundesverfassung ausländischen Bürger:innen gewährt. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, schon Petitionen in Österreich unterschrieben zu haben – alle zu asyl-, migrations-, beziehungsweise integrationspolitischen Fragestellungen.

> *„Meistens habe ich Petitionen unterschrieben, wo es um Frauenrechte, um Freiheit oder um Afghanistan ging." (Frau, 20, Afghanistan; I_11)*

Die eigene Betroffenheit als Motivation zur Teilhabe findet sich demzufolge nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch bei Petitionen wieder.

4.3.3. Ehrenamtliches Engagement

„Anscheinend bin ich politisch aktiv, weil ich ehrenamtlich arbeite." (Mann, 24, Ägypten; H_2)

Zivilgesellschaftliche Organisationen und gesellschaftliches Engagement füllen eine Demokratie mit Leben und können maßgeblich zu einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft beitragen. In der wissenschaftlichen Literatur wird dabei auf zwei entscheidende Effekte der Zivilgesellschaft hingewiesen. Auf der gesellschaftlichen Ebene gestalten zivilgesellschaftliche Akteur:innen häufig Politik und die Gesellschaft selbst mit, thematisieren soziale oder ökologische Missstände und übernehmen somit eine zentrale Rolle bei der sozialen und politischen Integration moderner Gesellschaften (Geißel et al. 2004). So entsteht "soziales Kapital", sprich gesellschaftliche Verbindungen, die für das Funktionieren einer Gesellschaft entscheidend sind (Putnam 2000). Neben der gesellschaftlichen Ebene ist zivilgesellschaftliches Engagement auch für Individuen von großer Bedeutung. Dies kann sowohl in eher institutionalisierten Formen wie dem Ehrenamt als auch informelleren Kontexten wie Nachbarschaftshilfe geschehen. In beiden Fällen bietet es Raum für Selbstverwirklichung für die:den Einzelne:n, erhöht die Wahrscheinlichkeit sich auch politisch zu beteiligen und kann ein Gefühl von gesellschaftlicher Inklusion erwirken, da Individuen über ihre Tätigkeit soziale Teilhabe erfahren. Engagement, die Übernahme von Verantwortung und der Wille zur Mitgestaltung einer Gesellschaft sind deshalb oft der Schlüssel für ein tief verankertes Zugehörigkeitsgefühl und auch ein Schlüssel zu verstärkter politischer Partizipation (Zimmer, 2007; Warren, 2001).

Ehrenamtlichen Engagement ist in Österreich stark verwurzelt und auch das Interesse sich zivilgesellschaftlich zu engagieren ist sehr groß. Freiwilliges Engagement von Drittstaatsangehörigen, beziehungsweise Menschen mit Fluchthintergrund wurde in der bisherigen Forschung bislang wenig berücksichtigt. Dies scheint überraschend, kommen „Migrant:innenorganisationen", beziehungsweise ethnisch organisierte Vereine in der Migrationsforschung im Hinblick auf Inklusion eine bedeutende Rolle zu (Schimany & Schock, 2010). Viele dieser Organisationen wurden häufig auch aus politischer Motivation gegründet, da staatliche Unterstützungsleistungen für Migrant:innen fehlen.

Ehrenamtliches Engagement in migrantischen Vereinen, Community-Organisationen und Initiativen zur gesellschaftlichen Inklusion ist auch unter den für das Projekt Befragten weit verbreitet. Acht der 14 Interviewten engagieren sich unter anderem ehrenamtlich bei zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als Community-Vereine organisiert sind oder Neuankommenden das Leben in Wien erleichtern. Die Motivation der Befragten, sich dort zu engagieren war vor allem der Wille, Orte der Begegnung für die Community zu schaffen, für Fragen und Antworten zur Verfügung zu stehen, aber auch die eigene Vernetzung.

„Wir schaffen Orte der Begegnung für Menschen, die nicht diese Orte haben oder diese so bekommen können. Es geht uns um Inklusion. Und wir sorgen dafür, weil es einen Mangel in der Politik, einen Mangel in der Gesellschaft, für diese Orte der Begegnung gab. Das ist eigentlich auch politisch – für die Community da zu sein." (Frau, 20, Somalia; H_1)

Einzig drei Personen gaben an, sich nicht ehrenamtlich zu engagieren oder Mitglied in einem Verein zu sein. Gründe hierfür waren einerseits Desinteresse, andererseits auch Unwissenheit und fehlende Beschäftigung damit.

Neben dem Engagement zu integrationsbezogenen Themen betonten einige Befragte, sich bei großen Wohltätigkeitsorganisationen wie dem Roten Kreuz oder der Volkshilfe zu engagieren, aber auch in einem Altersheim, einem Sportverein, einem Frauenrechtsverein oder auch einem überparteilichen Verein für mehr Demokratie.

4.3.4. "Pass-Egal" Wahl

Seit 2013 führt der Verein *SOS Mitmensch* die "Pass Egal"-Wahlen in Wien durch, um auf die Tatsache hinzuweisen, dass ein Drittel der in Wien lebenden Bevölkerung nicht wahlberechtigt ist. Um auf diesen demokratiepolitischen Missstand aufmerksam zu machen und ein Zeichen gegen diesen Ausschluss zu setzen, wurden die Wahlen initiierte, bei dem alle in Wien lebenden Personen über 16 – unabhängig ihres Passes - an symbolischen Wahl teilhaben können. Zur Abstimmung stehen alle Parteien, die zur jeweiligen Wahl antreten.

Die Pass-Egal Wahl versteht sich als Ermächtigungsprojekt für von Wahlen ausgeschlossene Menschen, die dauerhaft in Wien leben, wo sie sich eben beteiligen können und wo ihre Stimme auch ausgezählt wird. Gleichzeitig stellt sie eine Protestaktion gegen den Wahlausschluss von so vielen dauerhaft in Österreich lebenden Menschen dar und so auf das Problem des Wiener Demokratiedefizits aufmerksam machen will. Bei der letzten Wien-Wahl nahmen 1.514 Wiener:innen mit ausländischem Pass (weniger als 1% dieser Gruppe) an der Wahl teil, wie in Grafik 2 zu erkennen ist auch aus Afghanistan und Syrien. Doch bei Betrachtung dieser Zahl wird die Dissonanz zwischen der Intention der Organisator:innen und der Wahrnehmung der Betroffenen deutlich.

***Grafik 2**: Staatsbürgerschaft Pass Egal Wien-Wahl 2020; Quelle: SOS Mitmensch (2020)*

Während SOS Mitmensch dem Wunsch vieler Betroffener nachkommt, selbst eine Stimme zu haben und diese auch abzugeben, zu zeigen, dass man sich beteiligen möchte, obwohl man eigentlich offiziell nicht darf und Menschen dadurch zu ermächtigen, hinterfragten einige Personen mit Fluchthintergrund die Initiative kritisch. Ein Mann aus Syrien (28; I_2) meinte etwa

> *„[A]ber es bringt mir nichts, wenn meine Stimme am Ende nicht zählt. Es ist wichtig, ob sie zählt oder nicht. Daran teilzunehmen, nur für das Gefühl, das würde ich nicht machen. Ich will, wenn ich etwas sagen möchte, dass es meine Stimme am Ende ankommt."*

Vier weitere Personen gaben im Gespräch an, den Hintergrund und die Wirkung der Wahl nicht zu verstehen und deshalb auch bei der nächsten Wahl nicht unbedingt daran teilzunehmen. Nur eine Frau aus Afghanistan nahm bereits an einer Pass-Egal-Wahl teil und zwei weitere sprachen über ihr Interesse daran. Eine davon präzisierte, dass die Ergebnisse dahingehend spannend seien, dass man sehe, wie ein gewisser Teil der Bevölkerung wähle (I_6). Wie von Magdalena Stern, Koordinatorin der Pass Egal Wahl, betont, habe die Wahl oft auch einen emotionalen Wert, denn oft sei die Pass-Egal-Wahl die erste Wahlbeteiligung in Österreich. Auch von einem Mann aus dem Irak (28; I_4) wurde dieser Aspekt betont und er meinte, er *„würde es gerne einmal probieren, wenn es geht. Ich will das einmal fühlen. Denn ich habe noch nie in meinem Leben gewählt. Auch im Irak nicht."*

4.3.5. Interessensvertretungen

Interessenvertretungen wie die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH), die Arbeiterkammer und Gewerkschaften sind in ihrem Wahlrecht häufig inklusiver als Nationalrats- oder Landtagswahlen. Deren Wahlen stellen die einzigen Wahlen in Österreich dar, wo Drittstaatsangehörige sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht haben. Dadurch sind sie besonders inklusiv und haben Vorbildcharakter.

In der Gewerkschaft wurde das passive Wahlrecht maßgeblich durch Mümtaz Karakurt erkämpft, der sich 1994 symbolisch zur Wahl stellte, obwohl er als Drittstaatenangehörige nicht wählbar war. Nach einer Streichung durch die Wahlbehörden ging er vor Gericht bis hinauf zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Als er auch dort verlor, wandte er sich in einer Individualbeschwerde an das UN-Menschrechtskomitee, das ihm recht gab. 2003 wurde dann das passive Wahlrecht auch für Drittstaatenangehörige eingeführt. Keine:r der Befragten gab jedoch an, schon einmal bei der Arbeiterkammerwahl gewählt zu haben und drei arbeitende Personen, die Mitglied der Arbeiterkammer sind, gaben an, nicht gewusst zu haben, dass es dort eine Wahl gibt, beziehungsweise was genau gewählt wird.

Für die Wahl der ÖH sind alle ordentlichen Mitglieder der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft aktiv und passiv wahlberechtigt, die für das Semester, in dem die Wahl

abgehalten wird, zu einem Studium zugelassen sind oder sich für die Fortsetzung des Studiums gemeldet haben. Auch hier gibt es keine Diskriminierung aufgrund der Staatsbürger:innenschaft. Drei Studierende nahmen bereits an der ÖH Wahl teil und zwei davon sind selbst im Hochschulwesen engagiert – einerseits bei der Fakultätsvertretung, andererseits im Rassismusreferat der ÖH. Hannah Czernohorszky (VSStÖ), Vorsitzende des Sozialreferats, thematisierte im Interview die allgemein niedrige Wahlbeteiligung bei ÖH Wahlen, insbesondere jene von Drittstaatenangehörigen. Sie argumentierte, dass viel Wissen über die ÖH von der Familie und der Sozialisierung komme und es Studierenden aus Drittstaaten davon häufig mangele. Im Rahmen des Wahlkampfs würden zudem nicht primär Personen mit Fluchthintergrund oder Drittstaatsangehörigkeit angesprochen, sondern Räume geschaffen, in denen sich über eigenen Erfahrungen ausgetauscht werden kann. Zudem wurde angemerkt, dass in der politischen Arbeit der ÖH die Beteiligung von Drittstaatenangehörige leider verhältnismäßig geringer sei als bei autochthonen Österreicherinnen, da häufig Ressourcen fehlen oder andere Themen wie Aufenthaltsstatus von größerer Relevanz für die Person selbst sei.

4.3.6. Parteimitgliedschaft/ Engagement bei einer politischen Vereinigung

Parteimitgliedschaft ist in Österreich nicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt und steht auch Drittstaatenangehörigen offen. Zahlen zu Mitgliedschaften sind nicht öffentlich zugänglich und wurden trotz mehrfacher Nachfrage bei den im Wiener Landtag vertretenen Parteien nicht übermittelt. Keine/r der Befragten gab an, Mitglied einer politischen Vereinigung oder Partei zu sein und auch nur drei Personen zeigten Interesse an einer Mitgliedschaft, ohne diese aber ernsthaft in Erwägung zu ziehen. „*Irgendwann werde ich ein Teil von der grünen Partei sein. Was diese Partei für die Natur und die Menschen macht, ist gut. Wir brauchen solche Gruppen*." (PH_5, Pos. 26) Interessanterweise wurde die Mitgliedschaft von jener Frau aus dem Irak angesprochen, die angab, sich nicht als aktiver Teil zu fühlen, da sie in Gedanken noch nicht völlig hier in Wien sei.

Die Tatsache, dass keine befragte Person Mitglied einer politischen Partei ist, ist kaum überraschend, gibt es auch seitens der Wiener Parteien keine Mobilisierung von Nicht-Wahlberechtigten. Der Aspekt der zukünftigen Wähler:innenschaft scheint für Parteien nicht vorrangig zu sein und Mümtaz Karakurt stellte fest, dass *„Parteien sich nach Momentaufnahmen richten und fragen „wie kann ich jetzt gewinnen". Wenn Parteien nachhaltig arbeiten würden, müssten sie die Personen die jetzt da sind und auch in nächster Zukunft da sind ernstnehmen und für sich gewinnen. Aber die Parteien interessieren sich nicht dafür. Wenn, dann richten sie sich nach Personen die jetzt wählen können. Die werden angesprochen. Die anderen nicht."*

In diesem Zusammenhang sprach Mümtanz Karakurt von einer Dysfunktionalität von Powersharing in Österreich, denn häufig werde „*Integration gefordert und man wolle empowern, aber dann will man die Macht nicht teilen*“.

Auch die fehlende Diversität innerhalb der Parteien wurde von einer Studentin aus Somalia thematisiert, die prinzipiell großes Interesse an politischer Arbeit habe.

> *„Ich glaube, es fehlt einfach Vielfalt in den Parteien. Ich denke, wenn sich Leute, die diverser und jünger sind, in die Politik gehen, dann wird sich die politische Landschaft auch verändern. Ich finde die ganzen Parteien sind veraltet. Es ist keine Vielfalt da, es ist nichts Neues da und es kann einfach nicht so bleiben, denn die Welt verändert sich, aber die Politik in Österreich verändert sich nicht mit.“ (H_1)*

Mahsa Ghafari, Aktivistin der Liste LINKS forderte in dem Gespräch ebenfalls mehr Diversität innerhalb der Parteien und verdeutlichte, dass es nicht nur an Mobilisierung alleine liege, sondern dass auch dafür aktiv Platz zur Teilhabe geschaffen werden müsse. Bei LINKS werden Drittstaatsangehörigen aktiv in die politische Arbeit mit einbezogen und diese „*prinzipiell so offen und einladend gestaltet, dass Betroffenen sich eingeladen fühlen, sich zu beteiligen*“. Auf kommunaler Ebene wird mit einer Quotenregelung gearbeitet, um so verpflichtend Betroffene auch zu repräsentieren. Bei der Wien-Wahl 2020 platzierte man bewusst und symbolisch Kandidat:innen, die selbst nicht wählen durften auf der Kandidat:innenliste, um sie von der Wahlbehörde streichen zu lassen. Patricia Anderle von der SPÖ gab an, dass die Einbeziehung von Menschen mit Migrationsgeschichte oder Fluchthintergrund in die Arbeit der Partei fest verankert sei.

4.4. Migrant:innenbeirat

Um die Interessen von Migrant:innen auf kommunaler Ebene zu vertreten kann ein Migrations-/ beziehungsweise Migrant:innenbeirat ein geeignetes Instrument sein. Dieser ist die politische Interessensvertretung aller in der Gemeinde lebenden Menschen mit Migrationsbiografie. Mit dem Ziel, die von den Wahlen ausgeschlossene Bevölkerung ein Minimum an politischer Verantwortung und Vertretung zu ermöglichen, fördern sie demokratische Partizipation und Mitbestimmung der für sie relevanten Themen.

Die tatsächlichen Handlungsspielräume hängen stark von den Kompetenzen ab, mit denen die Beiräte ausgestattet sind. Neben einer Interessensvertretung auf lokaler Ebene können die Interessen in das politische System eingebracht werden, die Stadtpolitik beraten aber auch Aufklärungsarbeit geleistet und Dialog hergestellt werden.

Während in Wien kein Migrant:innenbeirat existiert und auch für Integrationsstadtrat Christoph Wiederkehr nach Rückfrage die Etablierung eines solchen Gremiums kein Thema darstellt, sind

Beiräte in Linz, Graz und weiteren steirischen Kommunen längst Realität. So sind etwa steirische Kommunen mit über tausend ausländischen Einwohner:innen per Landesgesetz verpflichtet, Migrant:innenbeiräte zu installieren zwecks „*Wahrung der Interessen der ausländischen Einwohner*" (Steiermärkische Gemeindeordnung §38b). Im Zuge der letzten Wiener Landtagswahlen 2020 forderte die Partei SÖZ (2020) die Etablierung eines solchen. In Linz wurde der Beirat zu Beginn gewählt und wird mittlerweile vom Bürgermeister bestellt. Zudem ist es ein Vertretungsgremium der ethnischen Vereine. Mümtaz Karakurt konstatierte im Expert:innengespräch, dass ein solcher Beirat keinerlei politische Funktion habe und deswegen auch nichts bewegen könnten.

Eine Studie dazu aus Deutschland kam zu der Erkenntnis, dass sich viele Migrant:innen eine Ausweitung der Befugnisse und eine Ernsthaftigkeit der Migrationsbeiräte wünschten. Um eine Brücke zwischen der Bevölkerung und der Politik zu schlagen und zugleich auch Inhalte in den Gemeinderat zu tragen und Stellungnahmen abzugeben (Caballero & Diehl, 2020).

4.5. Wahlausschluss und Wahlrecht

4.5.1. Exkurs - Allgemeines Wahlrecht in Österreich und ein Blick in andere Staaten

Während in Österreich nur Bezirksvertretungswahlen auch EU-Bürger:innen offenstehen, das nationale und regionale Wahlrecht klar an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist, gibt es einige Staaten, die Nicht-Staatsbürger:innen Wahlrechte gewähren – auf regionaler, kommunaler oder auch nationaler Ebene. Etwa in den EU-Ländern Dänemark, Schweden, Finnland, Irland, Schottland und den Niederlanden wurde das aktive und passive Kommunalwahlrecht auf alle dort lebenden Ausländer:innen ausgedehnt: In Finnland etwa sind ausländische Staatsbürger:innen mit permanentem Aufenthalt und einer zweijährigen Mindestaufenthaltsdauer bei kommunalen Wahlen wahlberechtigt und in den Niederlanden gilt bereits seit 1985 das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle Drittstaatsangehörigen, die seit zumindest 5 Jahren im Land leben. (vgl. Bauböck, 2002; Bauer, 2008). In Schweden wurde das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler und auch auf regionaler Ebene für alle seit zumindest 3 Jahren in Schweden lebenden Ausländer:innen über 18 Jahren erweitert mit dem Argument, dass es neben dem politischen Einfluss auch die Selbstachtung und das Zugehörigkeitsgefühl steigern würde (Bekaj & Antara, 2018). Eine Schweizer Studie (Giugni, 2007) zeigt im Vergleich, dass Drittstaatsangehörige, die auf kommunaler Ebene wählen dürfen auch dazu tendieren, sich in weiteren politischen Aktivitäten zu engagieren und eher in Parteien oder andere politischen Vereinigungen eintreten also solche, die kein Wahlrecht haben. In Schottland dürfen auch Personen mit einem positiven Asylbescheid, wie alle anderen ausländischen Bewohner:innen auch, das schottische Parlament und in Lokalwahlen wählen. Offiziell wurde dies damit

begründet, dass „*diejenigen, die ein Teil der Gesellschaft werden wollen, offen empfangen werden sollen und marginalisierten Gruppen auch eine demokratische Stimme gegeben wird*" (Schottische Regierung, 2020).

Eine großangelegte Studie des International Institute for Democracy and Electoral Assistance und der Robert Bosch Stiftung (Bekaj & Antara, 2018) kam zu der Erkenntnis, dass vor allem eine frühzeitige Einbindung Geflüchteter in politische Prozesse von großer Relevanz sei. Einerseits kommen viele Geflüchtete aus nicht-demokratischen Herkunftsländern, weswegen ihre Erfahrung mit demokratischen Prozessen deutlich geringer und die Berührungsängste mit Politik größer sind. Zudem braucht es Zeit, sich im neuen System zu verorten und die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erfahren. Außerdem müsse die Angst frühzeitig genommen werden, dass politische Beteiligung negative Auswirkungen auf ihr Leben habe, was in vielen der Herkunftsländer der Fall ist. Insbesondere für diese Gruppe der Geflüchteten ist es wichtig, dass sie mit demokratischen Normen und Werten sowie der politischen Beteiligung vertraut gemacht werden. Die Partizipationsforschung hat gezeigt, dass eine vorhergegangene Nicht-Teilnahme an politischen Prozessen, beispielsweise nicht zu wählen, einen enormen Einfluss auf zukünftige Partizipation hat (Harmon-Jones & Harmon-Jones, 2002; Plutzer, 2002). Dies zeigt sich auch im Migrant Integration Policy Index 2020 (Solano & Huddleston, 2020), der konstatiert, dass Wahlrecht für Drittstaatenangehörige zwar angenommen wird, deren Wahlbeteiligung jedoch unter jener von Staatsangehörigen liegt.

In Wien sind 30,8 % der Bevölkerung ab 16 Jahren von Wahlen auf Bundes-, Landesebene und 17,1% auf Gemeindeebene ausgeschlossen. Das Land Wien versuchte das steigende Demokratiedefizit zu bremsen und beschloss 2003 die Einführung eines Wahlrechts für Drittstaatsangehörige auf Bezirksebene – die geplanten Voraussetzungen dafür waren fünf Jahre legaler Aufenthalt und Hauptwohnsitz in Wien. Diese Regelung wurde jedoch im Jahr 2004 vom Verfassungsgerichtshof mit der Begründung aufgehoben, dass es in der österreichischen Bundesverfassungsrecht nur ein einheitliches, an die österreichische Staatsbürgerschaft geknüpftes Wahlrecht auf allen Ebenen des föderalen Staates gebe (Stadt Wien, 2020).

4.5.2. Wunsch nach inklusiverem Wahlrecht

> *„Wenn ich wählen könnte, dann würde ich wie ein normaler Mensch, wie jeder Österreicher leben." (Frau, 45, Irak; I_7)*

Das Bekenntnis zu demokratischen Werten und Demokratie als Herrschaftsform wurde von allen Befragten hervorgehoben. 13 der 14 Befragten bekräftigen ihr Interesse am Wahlrecht und an Mitgestaltung und würden bei Staatsbürgerschaft oder einem Ausländerwahlrecht von ihrem Recht Gebrauch machen. Einzig jener Mann aus dem Iran (30; I1), der selbst von sich angab, nicht

politisch interessiert zu sein und an keinen politischen Prozessen teilhabe sprach von keinem großen Interesse an Wahlen in Österreich teilzunehmen. Diese Ablehnung begründete er mit Desinteresse andererseits, dass er das Gefühl habe, dass jeder Mensch für sich selbst verantwortlich sei und er nicht, „*Teil der Mehrheit [sein wolle], die Macht hat.*"

In Bezug auf die Bedeutung des Wahlrechts und die Motivation davon Gebrauch zu machen wurden von den anderen Befragten auf eine Vielzahl von Gründen verwiesen. Einerseits gaben einige Befragte an, von ihren demokratischen Rechten, aber eben auch Pflichten Gebrauch machen zu wollen und es als wahlberechtigte Person für selbstverständlich zu erachten, auch tatsächlich zu wählen. Ein weiteres zentrales Argument war, von Gesetzen und Bestimmungen genauso betroffen zu sein wie Österreicher:innen und deshalb auch aktiv mitgestalten zu wollen. Zwei Befragte verdeutlichten dies folgendermaßen:

> *„Ich lebe hier und daher betreffen mich die Gesetze. Deswegen werde ich wählen gehen" (Frau, 45, Irak; I_7)*

> *„Wahlrecht bedeutet für mich dazu beitragen zu können, wenn eine Entscheidung über mein Leben und meine Zukunft getroffen wird - also alle politischen Entscheidungen und Gesetze." (Mann, 34, Syrien; I_9)*

Neben der persönlichen Betroffenheit der österreichischen Judikatur verwiesen einige Befragte auf die Zukunft und zukünftige Generationen. Ein junger Mann aus dem Irak hoffe, dass er durch seine Wahl, die Stadt Wien, in der er lebe verbessern zu können, für eine junge Afghanin (20; I_11) bedeutet Wahlrecht Zukunft, denn „*es bestimmt, was auf uns zukommt und wie dadurch unser Leben verändert wird*" und Befragte verwiesen auch auf zukünftige Generationen und ihre Kinder.

Zentrale Motivation und gewichtigstes Argument war für die Befragten die Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung und der Möglichkeit eine Stimme zu haben und gehört zu werden. Einerseits wurde hervorgehoben, dass Wahlrecht das Gefühl vermittle, ein:e Bürger:in mit den gleichen Rechten und Chancen zu sein und man etwas erhalte, „*das jeder hier in der Bevölkerung bekommt*" (Frau, 50, Syrien; I_6) Andererseits aber auch, Anerkennung zu erfahren „*in der Gesellschaft mitwirken zu können*" (Mann, 23, Syrien; I_10) und das Gefühl zu haben, dass seine Stimme nicht nur zähle, sondern auch dass sie von Relevanz ist:

> *„Wählen zu dürfen bedeutet ein Bürger eines Lands zu sein. Es bedeutet, dass ich einen Unterschied in einem Land machen kann. Das motiviert mich." (Frau, 51, Ägypten; I_3)*

> *„Wahl bedeutet für mich, dass ich mich als ein Teil der Gesellschaft fühle. Bedeutet auch, dass ich eine Stimme in diesem Land habe, die entscheidet wie das Land weitergehen soll. Ich male mir die Welt wie es mir gefällt." (Mann, 28, Syrien; I_2)*

Wahlrecht und formale Mitgestaltung wurden immer wieder als Basis und Impulsgeber beschrieben, als etwas, dass das zukünftige Interesse an Politik weiter steigern lasse. Ein Befragter (Irak, 28; I_4) äußerte sich dazu und meinte, „*wenn es mehr Rechte für jeden gibt, dann würde ich*

mehr machen.“ Dies spiegelt die Einstellung der meisten Befragten wider, denn ein Großteil gab an, das Wahlrecht als Anlass zu nehmen, sich (noch) mehr mit politischen Inhalten der Parteien auseinander setzen zu müssen, um informierte Meinungen zu vertreten und eine Wahl treffen zu können.

> *„Wenn ich wählen könnte, würde ich mehr Kenntnisse haben und mehr in die österreichische, politische Szene eintauchen. Da liegt, glaube ich, auch der Unterschied zu Flüchtlingen, die nicht wählen dürfen. Sie tauchen nicht tief in die Politik ein im Gegensatz zu anderen Österreichern. Es gibt eine Grenze, denn ich darf sowieso nicht wählen, deshalb ‚muss ich mich nicht auskennen‘“. (Mann, 34, Syrien; I_9)*

> *„Wenn ich wählen darf kann ich mich besser politisch engagieren. Ich denke man kann sich schon politisch engagieren, ohne wählen zu können, das mache ich auch, aber ich habe zb nicht so eine starke Stimme wie ein Staatsbürger.“ (Mann, 23, Syrien; I_10)*

Neben der selbstauferlegten Verpflichtung, sich mit politischen Inhalten zu beschäftigen, wurde von drei Befragten verdeutlicht, dass das Wahlrecht dazu motiviere, sich auch anders politisch einzubringen, da man dann das Gefühl hätte, dass die Stimme auch wirklich von Bedeutung sei und man im politischen Diskurs als aktive:r Akteur:in ernst genommen werde.

4.5.3. Parteipolitik zu Ausländer:innenwahlrecht und Staatsbürgerschaft

Die Forderung nach einem Wahlrecht für Ausländer:innen ist nicht neu und die damit eng verbundene Debatte um eine Erleichterung der Einbürgerung intensivierte sich zuletzt vor den Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2020, als sich unter anderem Stadtrat Jürgen Czernohorszky dafür aussprach, Hürden für Einbürgerungen zu senken, um dem wachsenden Demokratiedefizit entgegenzuwirken (Gaigg, 2020).

Die bei den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2020 angetretenen Parteien hatten unterschiedlichste Positionen zum Thema Ausländer:innenwahlrecht beziehungsweise Erleichterung der Staatsbürgerschaft:

SPÖ	Sieht ob der hohen Zahl an Nicht-Wahlberechtigten ein klares Demokratiedefizit, fordert aber keine Änderung des Ausländerwahlrechts. SPÖ tritt für eine Erleichterung beim Zugang zur Staatsbürgerschaft und damit einhergehend indirekt für einen der Zugang zum Wahlrecht ein (Der Standard, 2021).
ÖVP	Klare Positionierung gegen ein Ausländer:innenwahlrecht und gegen eine Erleichterung beim Zugang zur Staatsbürgerschaft (Wiener Zeitung, 2021).
Die Grünen	Forderung, dass alle Menschen über 16, die in Wien leben, unabhängig von ihrem Pass die Bezirksvertretung, den Landtag und den Gemeinderat wählen können. Keine Spezifizierung zu Dauer der Niederlassung oder anderen Voraussetzungen. (Die Grünen Wien, o.J.)

NEOS	Aktives und passives Wahlrecht für Unionsbürger:innen für alle Wahlen, jedoch keine Ausweitung auf Drittstaatsangehörige. NEOS tritt für eine Erleichterung beim Zugang zu Staatsbürgerschaft ein. (NEOS, 2020)
FPÖ	Gegen Ausländer:innenwahlrecht und gegen eine Erleichterung beim Zugang zur Staatsbürgerschaft. (Wiener Zeitung, 2021).
LINKS	Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht für alle Menschen, deren Lebensmittelpunkt seit mindestens einem Jahr in Wien liegt (LINKS, o.J.).
SÖZ	Forderung nach dem Wahlrecht für Wiener:innen nach 5 Jahren Aufenthalt (SÖZ, o.J.)
VOLT	Forderung aktives und passives Wahlrecht der EU-Bürger:innen auf Bundes- und Landesebene auszubauen (VOLT, o.J.).
Liste HC, Bierpartei, WIFF, PRO	Keine Informationen

Tabelle 2: Positionen der Parteien zum Thema Ausländer:innenwahlrecht

4.6. Wünsche an Politik und Gesellschaft

Wie die bisherige Analyse zeigt, ist die aktive Partizipation bei vielen Personen von dem Eindruck überschattet, dass die eigene Stimme nicht von Relevanz sei und nicht zähle. Dieses fehlende Gefühl von Anerkennung hindere zwar nicht per se an der Teilhabe, dämpfe aber weiteres Engagement. Der Wunsch Räume zu schaffen, wo Meinungen geäußert werden ist bei vielen der Befragten groß. Eine Frau aus Syrien (49; I_5) verwies auf diese Problematik und meinte, dass „*Möglichkeiten für Ausländer geschaffen werden müssen, damit man ihnen zuhört*." Es fehle nicht nur an physischen Räumen, die Menschen mit Fluchthintergrund den Rahmen bieten, sie zu äußern, sondern auch die Wertschätzung der aktiven Teilhabe der Betroffenen.

Ein weiteres strukturelles Problem sei, dass Menschen mit Fluchthintergrund ständig den Eindruck haben müssten, aus einer defensiven Position heraus zu agieren. Ein junger Mann aus Syrien (23; I_10) verdeutlichte dies:

> *„Ich würde mehr Selbstsicherheit in meinen politischen Handlungen zeigen, und hätte keine Angst das jemand mich jemand falsch interpretiert, oder dass ich falsch verstanden werden, und dass mir das einen Schaden bringt. Wenn man Geflüchtet ist, hat man in der Gesellschaft nicht so einen starken Standpunkt."*

Diese Verletzlichkeit wurde von zwei weiteren Befragten hervorgehoben, denn einerseits sei man als Mensch mit Fluchthintergrund rechtlich in einer prekären Lage und man wolle nicht anstoßen, weder bei der Mehrheitsgesellschaft noch bei Politiker:innen. Andererseits sind politische Parteien und Vereinigungen nicht von Diversität geprägt und man wäre „*die erste ‚andere' Person*" (Frau, 20, Somalia; H_1), auf der großer Druck laste oder die nach anderen Maßstäben bewertet werden würde.

Eine Frau aus Ägypten (51; I_3) äußerte des Weiteren den Wunsch nach vermehrter politischer Bildung für Menschen mit Fluchthintergrund, die sich für österreichische Politik interessieren, *„um mehr darüber zu lernen, sich weiterzubilden und damit auseinander zu setzen. Informierende Seminare wären gut und es gibt davon nicht viele."*

Auf die Frage, welche Schritte man unternehmen würde, damit die eigene Stimme in der Politik Gehör bekäme, wurde vor allem Austausch mit Gleichgesinnten und Mobilisierung besonders betont. Einerseits, um Diskussionen anzuregen und einen Diskurs zu schaffen, wie ein junger Mann aus Syrien (23; I_19) unterstrich:

> *„Ich würde mit viel Menschen reden und diskutieren, nicht das ich immer recht habe, aber ich glaube Diskussion und Austausch bringt ganz viel, das ist für mich politische Partizipation."*

Andererseits, um Mobilisierung zu ermöglichen und andere Personen zu motivieren und aktivieren, selbst an Prozessen teilzuhaben. Der demokratische Glaube an die *Macht der Vielen* ist bei einem Großteil der Befragten vorhanden und einige äußerten die Überzeugung, dass sie etwas erreichen könnten, wenn sie sich mit anderen Betroffenen zusammenschließen.

> *„Freunden ändern anderen Menschen. So ändert sich die Gesellschaft." (Frau, 25, Irak; I_7)*

> *„Wenn ich und du und viele mitmachen, dann kann sich die Lage verbessern. Wenn alle Flüchtlinge zum Beispiel, mitmachen, dann kann die Situation für sie besser werden. (Frau, 50, Syrien; I_6)*

Jene Personen, die schon in Organisationen zur Förderung von Inklusion oder Community Vereinen engagiert sind, verdeutlichten die Relevanz dieser als Sprachrohr für ihre Interessen. Sie dienen nicht zu als erster Anlaufpunkt um eigene Meinungen zu äußern, sondern bündeln die Interessen der gesamten Community.

Neben strukturellen Hindernissen für mehr Mitgestaltung und den Wünschen, diese zu adaptieren wurde in den Interviews auch über fiktive Macht und Einfluss gesprochen und thematisiert, was man auf politischer Ebene ändern und für was man sich einsetzen würde. Die Aussage einer jungen Frau aus Afghanistan (24; I_5) fasst die Antworten sehr gut zusammen:

> *„Ich persönlich mache was, was meinem Interesse entspricht. Man muss interessiert sein, um sich politisch zu engagieren."*

Fast alle genannten Wünsche an die Politik samt Visionen und Änderungsvorschlägen thematisierten Inhalte, von denen die Menschen selbst betroffen sind. Fast alle sprachen von Adaptierungen in der Asyl- und Integrationspolitik, einem erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft, dem Wunsch nach Anerkennung und Gehör sowie einem größeren Nachhaltigkeitsgedanken in Umwelt- und Sozialpolitik.

5. ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Diese explorative Studie basiert auf sechs Expert:inneninterviews und 14 Interviews mit Menschen mit Fluchthintergrund in Wien sowie einer umfassenden Literaturrecherche. Aufgrund des qualitativen Vorgehens lassen sich die politischen Beteiligungsformen von Geflüchteten tiefgehend analysieren und deren Motivationen, Bedenken und Hürden herausarbeiten.

Die zentrale Forschungsfrage der Studie lautete: Welche politischen Beteiligungsmöglichkeiten gibt es in Wien für Geflüchtete und inwieweit werden diese wahr- und angenommen?

Geflüchtete können sich in Wien vielfältig politisch beteiligen. Allerdings werden von ihnen vor allem niederschwellige Beteiligungsformen ausgewählt, wie die Diskussion über Politik, die Teilnahme an Demonstrationen und Petitionen oder zivilgesellschaftliches Engagement. Da den allermeisten Geflüchteten das Wahlrecht verwehrt ist und das Erlangen der Staatsbürgerschaft (noch) nicht in Sicht ist, ist diese Gruppe von der zentralen Partizipationsmöglichkeit ausgeschlossen. Die Tatsache, dass vor allem niederschwellige Formen der Beteiligung ausgesucht werden, spricht dafür, dass das Grundinteresse an Politik und Beteiligung bei Geflüchteten vorhanden ist, es aber diverse Hürden gibt, die eine umfassendere politische Beteiligung hemmen, beziehungsweise verhindern.

Es zeigt sich, dass viele Geflüchtete in Wien großes politisches Interesse haben. Dies bezieht sich in vielen Fällen sowohl auf das Herkunftsland als auch auf Österreich, beziehungsweise Wien. Die persönliche Betroffenheit steht dabei bei vielen im Vordergrund, um sich politisch zu informieren und nach Möglichkeit auch politisch zu beteiligen. Als wichtige Themen wurden deshalb die aktuelle Situation im Herkunftsland, aber auch Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik auf nationaler und lokaler Ebene in Österreich genannt. Das politische Interesse ist aber nicht nur auf diese Themen reduziert, da sich Menschen mit Fluchthintergrund sehr divers interessieren, unter anderem für österreichische Sozial-, Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik.

Ein entscheidender Grund, warum Menschen mit Fluchthintergrund sich nicht für bestimmte politische Themen interessieren oder sich an Politik beteiligen, ist das empfundene Zugehörigkeitsgefühl der Betroffenen. Wenig vorhandenes politisches Interesse und geringe politische Teilhabe an österreichischer Politik wurden oft damit begründet, dass die Personen sich nicht zugehörig fühlen. Dies liegt in vielen Fällen aber nicht daran, dass die Menschen nicht zur politischen Beteiligung bereit wären. Die Interviews mit Expert:innen verdeutlichen besonders gut, dass das Interesse und Teilhabe von Geflüchteten größer wären, wenn sie das Gefühl hätten, dass ihre Stimme auch gehört wird und sie somit auch etwas „wert ist“ (Interview mit Mümtaz Karakurt). Karakurt wies dabei auch darauf hin, dass man Integration und Beteiligung von Geflüchteten von offizieller Seite nur einfordern kann, wenn man auch dazu bereit ist

„politische Macht“ auch zu teilen. Ähnlich argumentierte Mahsa Ghafari von der Liste LINKS im Expert:innengespräch und nimmt Behörden und politische Entscheidungsträger:innen in die Pflicht. Aus ihrer Sicht gilt es vor allem „systematische Diskriminierungen“ abzubauen, um Geflüchteten glaubhaft demokratische Werte und Strukturen zu vermitteln.

Diese Sicht wird von vielen in dieser Studie befragten Menschen mit Fluchthintergrund geteilt. Österreich wird zweifelsohne als Demokratie angesehen, allerdings nehmen Geflüchtete Diskriminierung wahr, sowohl im Alltag aufgrund von Aussehen oder Religion als auch bei der Beteiligung, vor allem beim Wahlrecht. So gab eine Befragte an, keine in Österreich „normale“ Person zu sein, da sie von Wahlen ausgeschlossen sei. Diese Perspektive wurde auch bei der symbolischen „Pass egal-Wahl“ von SOS Mitmensch deutlich, die mitunter von den Befragten abgelehnt wird, weil die Stimme am Ende nicht zählt und keine wirkliche Mitbestimmung ermöglicht. Dieses Ergebnis deckt sich mit der bisherigen Forschung: viele Menschen, die annehmen, dass ihre politische Beteiligung wirkungslos bleibt, halten sich deshalb damit häufig zurück.

Ein inklusiveres Wahlrecht oder mehr Mitbestimmung an politischen Institutionen wird somit vielfach von den Geflüchteten gewünscht, da Geflüchtete von politischen Entscheidungen wie alle anderen auch betroffen sind. Gerade ein inklusiveres Wahlrecht und ein für diese Personengruppe offeneres politisches System könnte auch dazu führen, dass sich Geflüchtete mehr als Teil der österreichischen Politik fühlen. Es könnte als Katalysator für mehr politische Beteiligung fungieren, da dann Menschen sich als gänzlich politisch integriert ansehen, als vollwertigen Teil der Gesellschaft. Aktuell sehen sich viele Geflüchtete in einer defensiven Position, da sie oft Angst haben falsch interpretiert zu werden und Angst vor Konsequenzen haben, wenn sie sich politisch äußern. Dies gilt vor allem, wenn sie sich noch in einem laufenden Asylverfahren befinden.

Wie bei der gesamtgesellschaftlichen Integration von Geflüchteten bedarf es also mutige Schritte von beiden Seiten, damit Geflüchtete auch politisch besser integriert sind. Ein Faktor, den einige Befragte als individuelle Hürde zur politischen Beteiligung genannt haben, ist die Sprache, die auch dazu führt, dass die empfundene Zugehörigkeit geringer ausfällt und auch die Möglichkeiten sich auf Deutsch zu äußern stark einschränkt. Zugleich wurde von einigen Interviewten auch Unwissenheit oder fehlende Beschäftigung mit Politik genannt. Dies wurde unter anderem bei den Wahlen der Arbeiterkammer deutlich. Mehrere Personen gaben an, dass sie nicht wussten, dass sie dort als AK-Mitglied wählen können. Mehrfach wurde von den Befragten der Wunsch nach mehr politischer Bildung für Geflüchtete geäußert, um sich dann auch mehr einbringen zu können. Deshalb wünschen sich viele Geflüchtete auch mehr Räume für Partizipation, um sich dort auszutauschen, Demokratie zu erlernen und zu erleben.

Es zeigt sich aber zugleich, dass viele Geflüchtete schon gesellschaftlich oder politisch aktiv sind, dies aber nicht als politisches Engagement wahrnehmen und im ersten Schritt angaben, nicht politisch aktiv zu sein.

Generell schätzen Geflüchtete, dass sie in Wien in einem demokratischen Umfeld leben, das ihnen gewisse Freiheitsrechte, Sicherheit und Schutz garantiert. Dies liegt vor allem am direkten Vergleich mit den politischen Verhältnissen im Herkunftsland, da viele dieser Länder wie der Irak, Syrien und aktuell besonders Afghanistan von Krieg, autoritären Strukturen und mangelnden Rechten geprägt sind.

Aufgrund der großen Diskrepanz zwischen Herkunftsland und Österreich brauchen Menschen mit Fluchthintergrund auf jeden Fall Zeit, um sich im neuen System einzufinden, sich politisch zu informieren und sich schließlich auch sich an Politik beteiligen zu können. Hier ist es wichtig, Geflüchteten frühzeitig Ängste zu nehmen, wenn sie sich gesellschaftlich und politisch einbringen wollen. Oftmals kommen sie aus Ländern, wo der öffentliche Raum weniger demokratisch strukturiert ist und politische Äußerungen mitunter lebensgefährlich sein können. Dabei ist es zentral das Vertrauen in die österreichische Politik schnell auszubauen und aktiv auf Geflüchtete zuzugehen.

In den Gesprächen zeigte sich, dass sich viele Geflüchtete noch nicht in der Lage sehen, sich mehr politisch zu beteiligen. Viele planen es aber für die Zukunft und wollen sich beispielsweise in einer Partei einbringen. Hier kommt auch den politischen Parteien eine besondere Aufgabe zu. Im Gespräch verwies Mümtaz Karakurt darauf, dass Parteien langfristiger denken sollten und auch jetzt schon auf Geflüchtete zugehen sollten, auch, wenn diese aktuell noch nicht wählen können. Da dies in einigen Fällen aber in Zukunft der Fall sein wird, wäre es umso wichtiger jetzt schon auf diese Personengruppe zuzugehen und sie einzubinden.

In den Interviews mit Betroffenen zeigte sich mehrfach, dass es bisher an politischen Vorbildern für Geflüchtete und Diversität in der Politik mangelt. In den Interviews wurde dabei diskutiert, dass in Österreich ein ausländisch klingender Name in einem hohen politischen Amt immer noch für Aufsehen sorgt. Zugleich gibt es beispielsweise keine Frau mit Kopftuch in einer zentralen politischen Funktion in Wien oder Österreich. Dies wurde in diesem Fall als Hürde wahrgenommen, da eine solche Person vor allem auf den sozialen Netzwerken massiv angegangen und diffamiert werden würde.

Die Studie verdeutlicht, dass Menschen mit Fluchthintergrund in öffentlichen Debatten oft fälschlicherweise als passive Akteur:innen und Objekte der Politik verstanden werden. Dieses Verständnis greift jedoch zu kurz, sind sie oftmals aktive, politische Subjekte, die demokratische Teilhabe anstreben und häufig auch leben. In vielen Fällen waren es die politische und undemokratische Situation im Herkunftsland, welche die Personen flüchten ließ und weshalb man

die demokratischen Verhältnisse in Österreich besonders wertschätzt. Neben dem Wissen um Mitbestimmung sind es vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen, welche die Beteiligungsformen in Wien massiv einschränken. Die Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass Menschen mit Fluchthintergrund als demokratische Subjekte in Wien auftreten - Interessen, Wünsche und Engagement lassen sich deutlich erkennen.

Diese explorative, qualitative Studie hat ebenfalls verdeutlicht, dass die Personengruppe mit Fluchthintergrund sehr divers in ihrem politischen Interesse, ihrer Sicht auf Politik und ihrer politischen Beteiligung ist. Es ist also nicht legitim von einer homogenen Gruppe zu sprechen, wenn gleich die hier präsentierten Ergebnisse von vielen Befragten geteilt werden. Um die politische Teilhabe und politische Einstellungen weiter zu erforschen, wäre etwa eine repräsentative Studie in Form einer quantitativen Umfrage hilfreich, damit die qualitativen Ergebnisse dadurch ergänzt werden können.

6. POTENTIALE FÜR DIE STADT WIEN UND EMPFEHLUNGEN

Die Studie hat verdeutlicht, dass es viel ungenutztes Potential für die Stadt Wien gibt, wenn es um die politische Beteiligung von Menschen mit Fluchthintergrund geht. Folgende Empfehlungen lassen sich aus der Studie für die Stadt Wien ableiten:

1. Einsatz für inklusiveres Wahlrecht

- Die Stadt Wien kann nicht als einziges Bundesland ein inklusiveres Wahlrecht einführen, allerdings kann sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das politische System für Nicht-Staatsbürger:innen vermehrt geöffnet wird. Verschiedene europäische Beispiele zeigen, dass dies möglich ist, so dass das Zugehörigkeitsgefühl von und die Wertschätzung für Menschen mit Fluchthintergrund steigt.
- Das fortwährende Ausschließen von einem substantiellen Teil der Wiener Bevölkerung führt immer mehr zur demokratischen Legitimitätsfrage. Mehr Beteiligungsmöglichkeiten haben zudem auch das Potential, sich auf andere gesellschaftliche auszuwirken und ganzheitliche Inklusion zu fördern.

2. Etablierung eines Migrant:innenbeirats

- Politische migrantische Gremien repräsentieren die politischen Interessen von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft im Allgemeinen und Menschen mit Fluchthintergrund im Speziellen. So würden auch Menschen mit Migrations-, beziehungsweise Fluchthintergrund öffentlich sichtbarer werden.
- Ein solches Gremium stellt eine vermittelnde Rolle zwischen der Stadt Wien und Menschen mit Migrationsgeschichte dar und unterstützt die Stadt durch inhaltliche Empfehlungen. Bessere politischen Entscheidungen können getroffen, weil die direkt Betroffenen ihre Anliegen direkt einbringen können.
- Migrant:innenbeiräte sind ein partizipatives Instrument, mit dem Wien die Mitbestimmung von Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft fördert und unterstützt. Zudem vermittelt ein solches Gremium das Gefühl von Interesse an den Anliegen und sendet ein positives Signal für Gehör und Anerkennung.

3. Forcieren von Diversität in politischen Strukturen

- Diversität in Ämtern, Behörden, der Polizei und auch innerhalb von Parteien sind zu fördern und zu forcieren. Hier sind sowohl die Stadt Wien als auch die Parteien in der Verantwortung. Nur, wenn Personen mit Migrations-, beziehungsweise Fluchthintergrund auch hier vertreten sind, können Strukturen von innen langsam diverser werden.
- Repräsentation und Vielfalt geben Menschen mit Fluchthintergrund das Gefühl von gesellschaftlicher Anerkennung und Akzeptanz und encouragieren, selbst politisch und gesellschaftlich aktiv zu werden.

4. Förderung von politischer Bildung

- Hürden in Bezug auf Sprache als auch des politischen Wissens müssen abgebaut werden. Hier sollte pro-aktiv auf Menschen mit Fluchthintergrund zugegangen und gezielte Angebote zu politischer Bildung und politischer Beteiligung gezielt angeboten werden.
- Informationen müssen in Form von Workshops vor Ort als auch durch online verfügbare Materialien zugänglich gemacht werden. Niederschwelligkeit und Zielgruppenorientierung müssen gewährleistet werden.
- Dabei ist es wichtig, Betroffene selbst in den Entstehungsprozess und die Umsetzung einzubinden, um die Maßnahmen gezielt auf die Bedürfnisse der Menschen mit Fluchthintergrund auszurichten. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass dies verpflichtend ist, sondern es sollte als Chance präsentiert werden, wie sich Menschen mit Fluchthintergrund besser politisch informieren und beteiligen können.

5. Unterstützung der Zivilgesellschaft

- Institutionen, die sich für die politische und soziale Inklusion von Menschen mit Fluchthintergrund einsetzen, müssen vermehrt gefördert werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen treiben gemeinsam mit der Stadt Wien den Kampf gegen strukturelle Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus voran.
- Organisationen schaffen Räume für Demokratie und Orte der Begegnung für Menschen mit Fluchthintergrund. Sie sind Anlaufstelle für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und unterstützten Menschen mit Fluchthintergrund bei ihrem Engagement. Nur so, können die Bestrebungen für eine inklusivere, gerechtere und offene Gesellschaft maßgeblich in Wien erfolgreich sein.

7. LISTE DER INTERVIEWPARTNER:INNEN

Kürzel	Geschlecht	Alter	Herkunftsland	Ankunft in Österreich
I_1	Männlich	30	Iran	2016
I_2	Männlich	28	Syrien	2016
I_3	Weiblich	51	Ägypten	2016
I_4	Männlich	28	Irak	2015
I_5	Weiblich	49	Syrien	2015
I_6	Weiblich	50	Syrien	2018
I_7	Weiblich	45	Irak	2015
I_8	Weiblich	22	Afghanistan	2015
I_9	Männlich	34	Syrien	2015
I_10	Männlich	23	Syrien	2016
I_11	Weiblich	20	Afghanistan	2014
I_12	Weiblich	24	Afghanistan	2015
H_1	Weiblich	20	Somalia	2007
H_2	Männlich	24	Ägypten	2016

8. AUTOR:INNEN

Mag.a. Kathrin Braun Bakk. phil.

Kathrin Braun ist Projektmanagerin und Forscherin im Verein Fremde werden Freunde. Dort arbeitet sie vor allem für das internationale Horizon2020 Forschungsprojekt MIRROR. Kathrin Braun absolvierte das Bakkalaureatsstudium Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie das Diplomstudium Internationale Entwicklung an der Universität Wien und der Université du Luxembourg.

Dr. Tobias Spöri

Tobias Spöri ist promovierter Politikwissenschaftler und Mitglied der Forschungsgruppe Osteuropastudien am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Er ist zudem Research Fellow beim Think Tank d|part in Berlin und beim German Marshall Fund in Washington. Zuvor war er Scholar am Institut für Höhere Studien in Wien. Er forscht und lehrt zu politischer Beteiligung, urbane Demokratie und Demokratisierung in Europa.

Philippe Doos

Philippe Doos ist Community Manager bei Fremde werden Freunde. Er studiert Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien. Im Rahmen des internationalen Horizon2020 Forschungsprojekt MIRROR führte er qualitative Interviews mit Geflüchteten auf Arabisch in Österreich, Bosnien und Italien durch.

Munira Mohamud

Munira Mohamud ist Community Managerin bei Fremde werden Freunde. Sie studiert Politikwissenschaften und Internationales Recht an der Universität Wien. Sie hat Workshops zum Thema Rassismus und Sexismus für Erwachsene gehalten und zahlreiche Veranstaltungen für Inklusion organisiert.

8. LITERATURVERZEICHNIS

Barber, B. R. (1984): Strong democracy: participatory politics for a new age. Berkeley: University of California Press.

Barnes, S., Kaase, M. et al. (1979): Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage

Bauböck, R. (2003): Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft. Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis I/2003, Seite 26-44.

Bauer, W. T. (2008): Das kommunale Ausländerwahlrecht im europäischen Vergleich. Abrufbar unter: https://www.demokratie.agaby.de/fileadmin/agaby/AGABY_Website/Kampagne_KKW/KKW_Literatur/Bauer_Kommunales_Auslaenderwahlrecht_im_Vergleich.pdf

Boulianne, S. & Theocharis, Y. (2020): Young People, Digital Media, and Engagement: A Meta-Analysis of Research. Social Science Computer Review 2020, 38(2) 111-127.

Caballero, L. & Diehl, S. (2020).: Politische Partizipation und Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz Eine Untersuchung von kommunalpolitisch Handelnden.

Carter, N. (2006): Political Participation and the Workplace: The Spillover Thesis Revisited. The British Journal of Politics & International Relations, 8(3), 410-426.

Die Grünen Wien (o.J.): Frequently Asked Questions. https://www.wien.gruene.at/service/frequently-asked-questions?path=%2Fmitmachen%2Fdeine-fragen-unsere-antworten&page=q%2C1&answer=449&likebox=0&map=1&like=449 (Abgerufen am 15.7.2021)

Der Standard (2021, 8. Juni): SPÖ fordert leichteren Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft. https://www.derstandard.at/story/2000127248167/spoe-fordert-leichteren-zugang-zur-oesterreichischen-staatsbuergerschaft (Abgerufen am 15.7.2021)

Effing, R., van Hillegersberg, J., & Huibers, T. (2011). Social Media and Political Participation: Are Facebook, Twitter and YouTube Democratizing Our Political Systems? In: E. Tambouris, A. Macintosh, & H. de Bruijn (Eds.), Electronic Participation (Vol. 6847, pp. 25-35): Springer Berlin Heidelberg.

Flick, U. (2014): Mapping the Field. In: Uwe Flick (Hrsg.): The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis (S.3-18). London, SAGE.

Gaigg, V. (2020, 16. September): Czernohorszky sieht "Demokratiedefizit" wegen steigender Zahl von Nichtwahlberechtigten. Der Standard. https://www.derstandard.at/story/2000120040061/czernohorszky-sieht-demokratiedefizit-wegen-steigender-zahl-von-nichtwahlberechtigten (Abgerufen am 15.4.2021)

Glaser, B. G. & Strauss, A. L. (2005): Grounded theory. Strategien qualitativer Forschung. (2., korrigierte Auflage.) Huber.

Giugni, M. (2007): Voting Rights for Foreigners in Switzerland, paper presented at the Colloquium 'Political participation of aliens at local level', Institut de Dret Public, Barcelona, 19/20 July 2007.

Greenberg, E. S., Grunberg, L., & Daniel, K. (1996): Industrial Work and Political Participation: Beyond "Simple Spillover". Political Research Quarterly, 49(2), 305-330.

Harmon-Jones, E., & Harmon-Jones, C. (2002): Testing the Action-Based Model of Cognitive Dissonance: The Effect of Action Orientation on Postdecisional Attitudes. Personality and Social Psychology Bulletin, 28(6), 711-723.

Kohlbacher, J., Rasuly-Paleczek, G., Hackl, A., Bauer, S. (2017): Endbericht der Studie: Wertehaltungen und Erwartungen von Flüchtlingen in Österreich. Wien. Abrufbar unter: https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Studien/Studie_Wertehaltungen_und_Erwartungen.pdf

Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2020): Fokussierte Interviewanalyse mit MAXQDA: Schritt für Schritt. 10.1007/978-3-658-31468-2.

Lehnerer, E. (2020): Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung in Deutschland. Möglichkeiten, Hemmnisse und Förderungsansätze aus Sicht von Migrant*innenorganisationen. ForDemocracy Working Paper Nr. 3

Liebold, R. & Trinczek, R. (2009): Experteninterview. In: Kühl S., Strodtholz P., Taffertshofer A. (eds) Handbuch Methoden der Organisationsforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91570-8_3

LINKS (o.J.): Unser Programm für Wien: https://links-wien.at/programm/ (Abgerufen am 15.7.2021)

Mayring, P. (2002): Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Beltz Verlag, Weinheim und Basel.

Merkel, W. (2004): Embedded and defective democracies, Democratization, 11(5), 33-58.

Mounk, Y. (2018): The people vs. democracy: why our freedom is in danger and how to save it. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

NEOS (2020): NEOS zu Ausländer-Wahlrecht: Aktives und passives Wahlrecht für Unionsbürger_innen endlich ermöglichen: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201008_OTS0130/neos-zu-auslaender-wahlrecht-aktives-und-passives-wahlrecht-fuer-unionsbuergerinnen-endlich-ermoeglichen (Abgerufen am 15.7.2021)

Norris, P. (2002): Democratic phoenix: reinventing political activism. Cambridge, UK ; New York, NY: Cambridge University Press.

Pateman, C. (1970): Participation and democratic theory. Cambridge: Cambridge University Press.

Pausch, M. (2020): Political Participation of Asylum Seekers: Restricted Chances and their Consequences.

Plutzer, E. (2002). Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood. The American Political Science Review, 96(1), 41-56.

Putnam R.D. (2000) Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Crothers L., Lockhart C. (eds) Culture and Politics. Palgrave Macmillan, New York

Pole, A. (2010). Blogging the political: politics and participation in a networked society. New York.

Schimany P. & Schock H. (2010): Migrantenorganisationen im Spiegel von Datenbanken. In: Pries L., Sezgin Z. (eds) Jenseits von ‚Identität oder Integration'. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92280-5_12

Schmitter, P.C. (2015). Crisis and Transition, But Not Decline. Journal of Democracy 26(1), 32-44.

Schottische Regierung (2020): Right to vote extended. Abrufbar unter: https://www.gov.scot/news/right-to-vote-extended/

Smooha, S. (1997): Ethnic Democracy: Israel as an Archetype. Israel Studies 2(2), pp. 198-241

Solano, G. & Huddleston, T. (2020): Migrant Integration Policy Index 2020. Barcelona/ Brussels: CIDOB and MPG

Solhaug T. Knowledge and Self-Efficacy as Predictors of Political Participation and Civic Attitudes: With Relevance for Educational Practice. Policy Futures in Education. 2006;4(3):265-278.

Song, S. (2009): Democracy and Noncitizen Voting Rights. In: Citizenship Studies, Vol. 13 (6), S. 607-620

SOS Mitmensch (2020): Rekordbeteiligung bei Wiener Pass Egal Wahl trotz Corona-Pandemie: https://www.sosmitmensch.at/rekordbeteiligung-bei-wiener-pass-egal-wahl-trotz-corona-pandemie (Abgerufen am 7.6.2021)

SÖZ (2021): Wir fordern einen Beirat zur stärkeren Partizipation von Migrantinnen und Migranten!: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200921_OTS0132/wir-fordern-einen-beirat-zur-staerkeren-partizipation-von-migrantinnen-und-migranten (Abgerufen am 2.7.2021)

SÖZ (o.J.): 10 Forderungen für Wien: https://soez.at/themen (Abgerufen am 15.7.2021)

Stadt Wien (2020): Integrations-& Diversitätsmonitor Wien 2020.

Statistik Austria (2021): Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Wien von 2011 bis 2021: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/703093/umfrage/auslaenderanteil-in-wien/ (Abgerufen am 15.9.2021)

Tucker, J. A., Theocharis, Y., Roberts, M. E., & Barberá, P. (2017). From Liberation to Turmoil: Social Media And Democracy. Journal of Democracy, 28(4), 46-59.Routledge.

UNHCR (2020). Global Trends: Forced Displacement in 2019

van Deth J.W. (2009) Politische Partizipation. In: Kaina V., Römmele A. (eds) Politische Soziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6

van Deth, Jan W. (2016): Partizipation in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Hrsg. von Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer und Gert Pickel. Springer VS, S. 169-180.

Vecchione, M. & Caprara, V. (2009): Personality determinants of political participation: The contribution of traits and self-efficacy beliefs, Personality and Individual Differences, Volume 46, Issue 4, 2009.

Verba, S., & Nie, N. H. (1972). Participation in America: political democracy and social equality. New York,: Harper & Row.

VOLT (o.J.): Bürgerinitativen für das Wahlrecht der EU-Bürger*innen: https://www.voltoesterreich.org/CitizenInitiativeVoting (Abgerufen am 15.7.2021)

Von Unger, H. (2018): Ethische Reflexivität in der Fluchtforschung. Erfahrungen aus einem soziologischen Lehrforschungsprojekt. Forum Qualitative Social Science Research / Forum Qualitative Sozialforschung, 19(3).

Warren, M. E. (2001). Democracy and association. Princeton, N.J. ; Oxford: Princeton University Press.

Wiener Zeitung (2021, 9.6.2021): ÖVP lehnt SPÖ-Plan zu leichteren Einbürgerungen ab. https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2107740-OeVP-lehnt-SPOe-Plan-zu-leichteren-Einbuergerungen-ab.html (Abgerufen am 15.7.2021)

Ziegler, R. (2017). Voting Rights of Refugees. Cambridge: Cambridge University Press

Zimmer A. (2007) Vom Ehrenamt zum Bürgerschaftlichen Engagement. In: Schwalb L., Walk H. (eds) Local Governance — mehr Transparenz und Bürgernähe?. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Es geht nur Miteinander.

Freunde
FremdewerdenFreunde.at

Fremde werden Freunde
gemeinnütziger Verein

Freunde Salon
Garnisongasse 11
1090 Wien
hallo@fremdewerdenfreunde.at

ZVR: 919577710

Geschäftsführung: Mag. Ina Pervan-Al Soqauer & Mag. Kathrin Limpel

www.fremdewerdenfreunde.at
www.facebook.com/fremdewerdenfreunde.at
www.instagram.com/fremdewerdenfreunde